Rede zur Einbringung des Nürnberger Stadthaushalts 2026



Referent für Finanzen, Personal und IT,
Stadtkämmerer Thorsten Brehm
Foto: Ludwig Olah

Hinweis: Die Haushaltsrede ist ausschließlich in Kombination mit dem zugehörigen Foliensatz zu verwenden. Es gilt das gesprochene Wort.

Die Folien finden sich in einem kleinen Format an den entsprechenden Stellen im Text und nochmals im Großformat für das Detailstudium am Ende des Texts der Haushaltrede.

Haushaltsplanentwurf 2026:
HANDLUNGSFÄHIGKEIT SICHERN – VERANTWORTUNG ÜBERNEHMEN



Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
Liebe Kolleginnen und Kollegen des Stadtrats,
Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer,

das Foto stammt von heute Mittag. Gemeinsam mit den Stadtkämmererinnen und -kämmerer aus Erlangen, Fürth, Schwabach und Ansbach habe ich mich zu Wort gemeldet, denn die kommunale Finanzlage verschlechtert sich derzeit in der gesamten Republik massiv, auch bei uns in Mittelfranken. Die Kommunen brauchen Hilfe.



Gut ging es den Kommunen in den letzten Jahren ohnehin nie. Doch die nun absehbare Entwicklung hat eine neue Qualität erreicht und übertrifft leider die Befürchtungen der vergangenen Jahre – schlimmer noch, sie beeinträchtigt die Kommunen bei der Bewältigung ihrer vielfältigen Aufgaben nachhaltig. Und das ist gerade gesellschaftlich höchst problematisch. Die staatliche Handlungs- und Leistungsfähigkeit zeigt sich vor allem bei uns Kommunen. Mit unseren Entscheidungen und unserer Arbeit gestalten wir den Alltag der Menschen täglich direkt und sichtbar. Sie haben die Erwartungshaltung, dass die Dinge des Alltags auch funktionieren. Diese Krise der Kommunalfinanzen darf sich aber nicht zu einer Krise der Demokratie entwickeln.

Das Sondervermögen des Bundes ist richtig und wird den Kommunen helfen, wichtige Investitionen zu stemmen. Unsere strukturellen Probleme wird es aber leider nicht lösen. Besonders schwierig ist die Finanzierung der Stadtwerke, die der Kliniken ohnehin. Hinzu kommen steigende Ausgaben für Personal und Soziales. Einer ganzen Reihe von Städten droht aktuell der Verlust der Genehmigungsfähigkeit – und damit auch der vollen eigenständigen Handlungsfähigkeit. Wir brauchen deshalb eine bessere strukturelle Grundfinanzierung – zum Beispiel in Form von höheren Anteilen an der Einkommensteuer.

Nürnberg ist mit seiner Situation leider kein Einzelfall. Das ist ein Problem der ganzen kommunalen Familie. Zu den einzelnen Punkten werde ich später noch aus Nürnberger Perspektive näher eingehen. Sie können sich jedoch schon denken: Die Gewitterwolken werden dunkler.

Die nächsten Jahre werden für uns sehr herausfordernd. Auch der Bundesfinanzminister hat gestern Rekordinvestitionen angekündigt und gleichzeitig die Notwendigkeit eines Sparkurses begründet. So wird es auch bei uns laufen. Das wird nur mit einem gemeinsamen und solidarischen Kraftakt gehen, für den ich heute werben will.

VERMÖGENSAUFBAU



Ich möchte mit etwas Positivem beginnen. Auch wenn wir später über die sehr hohe Verschuldung der Stadt sprechen werden, will ich anfangs in Erinnerung rufen, welches Vermögen wir in den vergangenen Jahren aufbauen konnten. In unserer Bilanz sind aktuell rund 6 Milliarden Euro für Anlagevermögen ausgewiesen. Das sind zum Beispiel unsere Gebäude und Liegenschaften, die Werte unserer Tochterunternehmen und Softwarelizenzen. Aber auch von Kunstgegenständen und Gemälden, die wir besitzen; und ich sage es sicherheitshalber gleich dazu: nicht veräußern wollen.

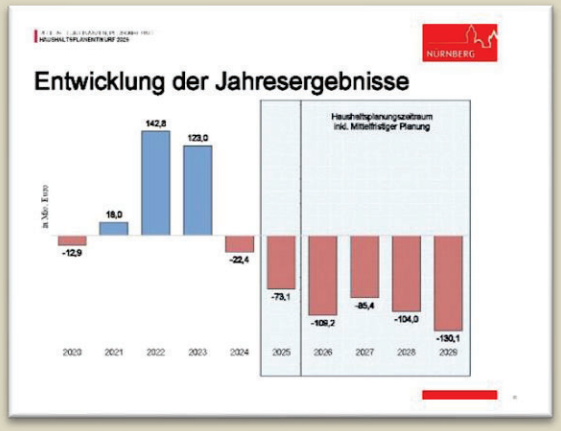
ERGEBNISRÜCKLAGE



Die positiven Jahresergebnisse der letzten Jahre haben eine Ergebnisrücklage aufgebaut. Sie sehen diese im Zeitverlauf. Auf den Wert kommt man, in dem man die positiven Jahresergebnisse addiert und die negativen subtrahiert.

Der hohe Wert bedeutet aber nicht, dass irgendwo ein Geldspeicher oder ein Konto mit 487 Mio. Euro existiert. Es ist also kein Geld, das wir zur Verfügung haben, vielmehr handelt es sich um einen bilanziellen Wert, der zeigt, dass wir nachhaltig gewirtschaftet haben und auch die nächsten Generationen von diesem Kurs profitieren können.

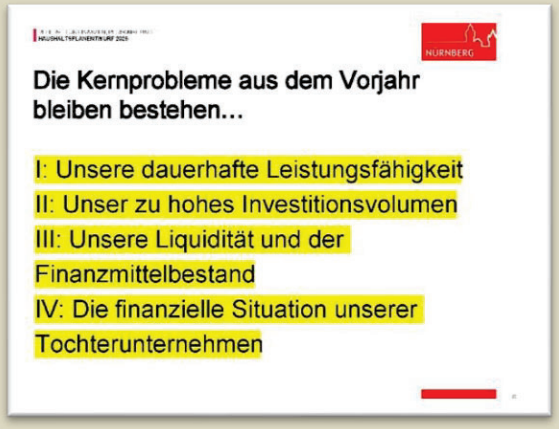
ENTWICKLUNG DER JAHRESERGEBNISSE



Der Jahresabschluss 2024 liegt Ihnen heute unter TOP 2 zur Beschlussfassung vor. Eigentlich wollte ich ihn bereits im Juli vorstellen, jedoch mussten wir kurzfristig noch Anpassungen bei den Rückstellungen vornehmen. Die vorgenommenen Korrekturen haben immerhin zu einer Verbesserung geführt.

Das Haushaltsjahr schließen wir mit einem Minus von rund 22,4 Mio. Euro ab. Damit liegen wir etwas besser als geplant, jedoch deutlich unter den Ergebnissen der Vorjahre. Der Abschluss war nun negativ. Der Trend für die nächsten Jahre ist dabei eindeutig: Mittlerweile gehen die prognostizierten Jahresergebnisse in einen hohen negativen Bereich. Ohne ein gemeinsames Gegensteuern ist am Ende des Planungszeitraums auch die Ergebnisrücklage aufgebraucht. Und das ist dann nicht mehr nachhaltig.

KERNPROBLEME DES HAUSHALTS



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

das ist jedoch, zugegeben, nicht einmal das Hauptproblem. Wenn wir über Jahresergebnisse sprechen, bewegen wir uns haushälterisch in der Ergebnisrechnung, in der auch nicht zahlungswirksame Posten wie Abschreibungen und Rückstellungen berücksichtigt werden. Die deutlich größeren Schwierigkeiten entstehen schon in der Finanzrechnung. Dort geht es – vereinfacht gesagt – ausschließlich um die tatsächlichen Geldströme: Welche Einzahlungen fließen auf unser Konto, und welche Auszahlungen werden getätigt? Im Grunde unterscheidet sich das kaum vom Management Ihres privaten Girokontos: Ihr Gehalt wird überwiesen, Sie müssen Miete oder Kredite zahlen und Ihre laufenden Lebenshaltungskosten decken. Ist kurzfristig zu wenig Geld verfügbar, können Sie den Dispokredit nutzen. Geschieht das allerdings dauerhaft, führt das zwangsläufig zu erheblichen finanziellen Problemen.

Ich habe Ihnen im zurückliegenden Jahr die ersten beiden Kernprobleme beschrieben; ich kann das quasi wörtlich wiederholen:

1. Die laufenden Auszahlungen sind im Verhältnis zu den Einzahlungen zu hoch. Wir haben also schon im konsumtiven Bereich ein Problem, weil unsere dauerhafte Leistungsfähigkeit nicht mehr gesichert ist. Das gilt leider nicht nur für das nächste Jahr, sondern vor allem auch für die folgenden. Sie sehen später in der Grafik, dass wir mit den jetzigen Planansätzen aus dem Cashflow aus laufender Verwaltungstätigkeit rechnerisch nicht einmal mehr in der Lage sein werden, unsere Tilgungen bei den Banken zu leisten.

2. Der Investitionshaushalt ist zudem viel zu groß. Ich zweifle überhaupt nicht an der inhaltlichen Berechtigung unserer Projekte. Aber uns droht als Stadt eine massive Überforderung. Wenn im konsumtiven Bereich – wie beschrieben - zu wenig oder gar keine Mittel für Investitionen übrigbleiben, führt das perspektivisch zu einer Nettoneuverschuldung auf Rekordhöhe. In den nächsten vier Jahren wären das nach aktueller Hochrechnung zusammen über 710 Mio. Euro, ergänzend zu den rund zwei Milliarden Euro, die wir aktuell an Schulden haben. Wir müssen mittlerweile über 100 Mio. Euro pro Jahr zum Tilgen früherer Schulden aufbringen. Mehr als 40 Mio. Euro an Zinsen fallen an. Der Betrag wird dann noch einmal deutlich steigen.

Es kommt mittlerweile ein drittes Problem hinzu:

3. Unsere Liquidität und die Finanzmittelbestände der zurückliegenden guten Jahre sind fast vollständig aufgebraucht. Wir haben also mehr und mehr Probleme mit unserem Kontostand und müssen immer häufiger Kassenkredite zur Überbrückung aufnehmen.

Und das vierte Problem kennen Sie auch aus dem Vorjahr:

4. Die finanzielle Situation der beiden Tochterunternehmen Städtische Werke (StWN) und Klinikum bleibt ebenfalls herausfordernd. Bei der StWN mit ihren beiden Töchtern N-ERGIE und VAG sind es die großen Investitionsbedarfe für Strom-, Wärme und Mobilitätswende, bei den Verkehrsbetrieben aber auch die Betriebskosten. Beim Klinikum ist es die unzureichende Krankenhausfinanzierung durch Bund und Land.

Wir kommen auf alle vier Punkte noch einmal zu sprechen.

ERTRÄGE



Werfen wir nun einen genaueren Blick auf die Eckdaten des Haushalts für 2026. Zunächst zur Ertragsseite: Die Gesamterträge belaufen sich voraussichtlich auf 2,7 Milliarden Euro – das entspricht einem Plus von 167 Mio. Euro gegenüber dem Vorjahr. Die Steuereinnahmen sind mit 1,37 Milliarden Euro der größte Block.



• Die Gewerbesteuer bleibt die mit Abstand wichtigste Einnahmequelle. Ich werde dazu gleich noch ein paar Sätze sagen.

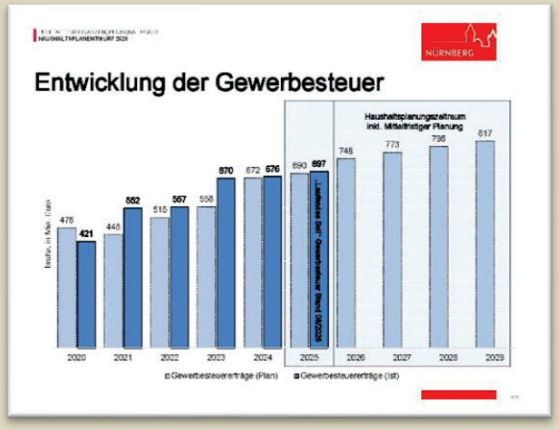
• Die Grundsteuer veranschlagen wir für nächstes Jahr mit 127,5 Mio. Euro. Der Stadtrat hat beschlossen, dass wir die Reform aufkommensneutral gestalten sollen. Dass diese in Anbetracht der hohen Unwägbarkeiten und Risiken nicht im Erstanlauf funktioniert, war erwartbar. Ich schlage deshalb dem Stadtrat für die Oktober-Sitzung vor, auf Basis der aktuellen Hochrechnung den Hebesatz von 780% auf 750% zu reduzieren. Wir hätten die Mehreinnahmen zugegeben gut gebrauchen können. Aber ich verstehe, dass man vor dem Hintergrund steigender Wohn- und Mietkosten politisch auch auf die zu entrichtenden Nebenkosten schaut und dieses politische Versprechen auch eingelöst wird. Das Stadtwachstum wird in den nächsten Jahren das Aufkommen sicher weiter erhöhen.

• Zuwendungen und Kostenerstattungen: Auch diese stellen wie gewohnt eine spürbare Einnahmequelle dar. Zusammen sind das auch fast 1,1 Milliarden Euro.

ERTRÄGE: GEWERBESTEUER



Werfen wir nun gemeinsam einen genaueren Blick auf die Gewerbesteuer. Ihre Entwicklung ist beeindruckend – ja, ausgesprochen stark. Auch in diesem Jahr befinden wir uns erneut auf Rekordkurs: Bereits im August liegen die Einnahmen deutlich über dem Vorjahresniveau. Im Haushalt haben wir für das laufende Jahr einen Planwert von 690 Mio. Euro unterstellt. Und auch für die kommenden Jahre rechne ich mit weiteren Höchstständen. Ich bin hoffnungsfroh, dass die Nürnberger Wirtschaft dies leisten kann – selbst in einer Zeit, in der vielerorts in Bayern die Einnahmen stagnieren oder gar zurückgehen. Nürnberg profitiert von einer starken, breit aufgestellten und zukunftsorientierten Wirtschaftsstruktur. An dieser Stelle möchte ich allen Unternehmen ausdrücklich für ihre Innovationskraft und ihre Treue zum Standort danken.



Ich will das absehbare Steuerplus im laufenden Jahr dazu nutzen, um im Oktober einen Nachtragshaushalt auf den Weg zu bringen, um einige ohnehin anstehende Herausforderungen bei städtischen Töchtern noch dieses Jahr zu klären und so die nächsten Haushaltsjahre etwas zu entlasten. Ich werde Ihnen später meine Idee kurz skizzieren.

Gleichzeitig will ich aber an einen wichtigen Punkt erinnern: Unsere überproportionalen Steuerzuwächse führen dazu, dass unsere Steuerkraft im Vergleich zu Nachbarstädten und -landkreisen deutlich steigt. Das hat Konsequenzen: Wir werden voraussichtlich geringere Schlüsselzuweisungen erhalten und gleichzeitig höhere Umlagen abführen müssen. Insbesondere bei der Bezirksumlage wird dieses Thema erneut auf uns zukommen. Die sogenannte Gewerbesteuerumlage müssen wir ohnehin abführen. Kurz gesagt: Ein Teil der zusätzlichen Einnahmen fließt also zeitversetzt wieder aus unserem Haushalt ab.

AUFWENDUNGEN



Schauen wir uns nun gemeinsam die absehbaren ordentlichen Aufwendungen im Haushaltsjahr 2026 an: 2,8 Milliarden und knapp 195 Mio. Euro mehr als im Vorjahr. Hier ist nun klar ersichtlich: Unsere Aufwendungen steigen stärker als unsere Erträge. Den größten Posten der Aufwendungen machen wie immer die Transferaufwendungen aus. Für die Sozialtransfers werden wir über eine Milliarde aufbringen, darin ist auch die Bezirksumlage berücksichtigt.



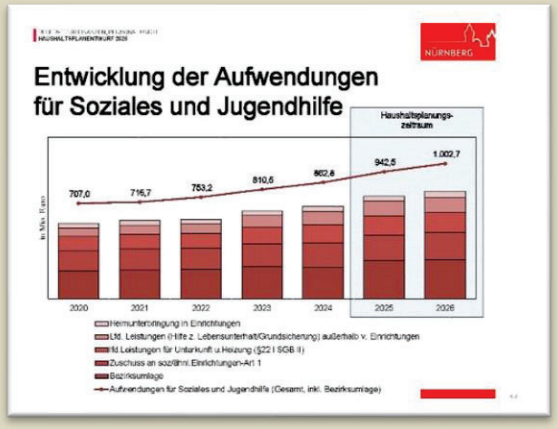
BEZIRKSUMLAGE



Sie erinnern sich: Der Bezirk Mittelfranken hat im vergangenen Jahr den Hebesatz für die Bezirksumlage um 2,37 Prozentpunkte auf 25,92 Prozent erhöht. Das ist der Hauptgrund, warum wir heuer rund 50 Mio. Euro mehr nach Ansbach überweisen müssen als im Vorjahr. Ausschlaggebend für den steigenden Finanzbedarf sind vor allem die Hilfen zur Pflege sowie die Eingliederungshilfe. Der Bezirk hat bereits angekündigt, den Hebesatz auch in diesem Jahr erneut zu erhöhen. In diesem Haushaltsplanentwurf habe ich das bislang nicht berücksichtigt, weil eine seriöse Schätzung ohne konkrete Angaben des Bezirks nicht möglich ist. Ende Oktober werden wir mehr wissen – und dann den Ansatz nach oben korrigieren müssen. Zur Orientierung: Jeder zusätzliche Prozentpunkt beim Hebesatz bedeutet für uns etwa 10 Mio. Euro Mehrbelastung.

Der Bezirk hat sich vorgenommen, ein Konsolidierungsprogramm aufzulegen und damit auch selbst dazu beizutragen, dass der Hebesatz in seiner Höhe nicht aus dem Ruder läuft. Doch entscheidend ist an vielen Stellen die Rolle des Gesetzgebers: Entweder man reduziert bestimmte Rechtsansprüche oder man stellt deren Finanzierung auf kommunaler Ebene verlässlich und ausreichend sicher. Setzt man das derzeitige System unverändert fort, wird es zahlreiche Städte und Landkreise an die Grenze des finanziell Tragbaren bringen.

SOZIALAUSGABEN

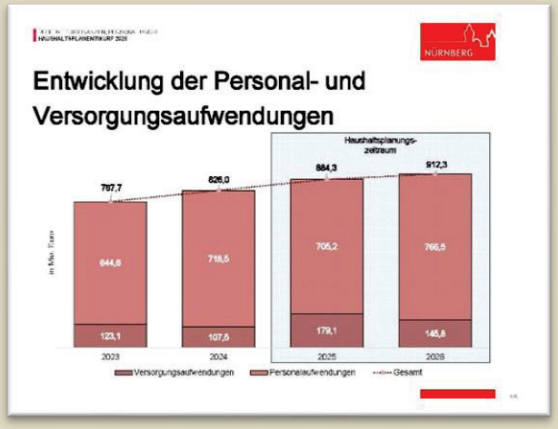


Lassen Sie uns gemeinsam einen Blick auf die Ausgaben für Soziales und Jugendhilfe richten. Mich beunruhigt und bewegt es, wenn ich sehe, wie sich unsere Gesellschaft entwickelt – insbesondere die Situation vieler Kinder und Jugendlicher. Und ich habe großen Respekt vor den Kolleginnen und Kollegen, die im Jugend- und Sozialamt, im Jobcenter, in der Pflege, in den Kitas und bei den zahlreichen Trägern und Einrichtungen der freien Wohlfahrt arbeiten und täglich erhebliche Verantwortung tragen.

Diese gesellschaftlichen Herausforderungen spiegeln sich auch deutlich in den Zahlen wider. So werden wir in diesem Jahr rund 25 Millionen Euro mehr als ursprünglich geplant für die Hilfen zur Erziehung, die Inobhutnahmen und die Eingliederungshilfe im Jugendamt bereitstellen müssen. Diese Zahlen setzen sich selbstverständlich auch in der mittelfristigen Finanzplanung fort. Deshalb stehen wir referatsübergreifend in engem Austausch. Der Blick auf die Vergleiche mit anderen Städten zeigt, dass wir noch gut abschneiden. Das kann aber kein Trost sein, sondern nur der Einordnung dienen. Die Methoden der Planung und Steuerung sind referatsübergreifend weiterzuentwickeln, um den Anstieg zu dämpfen. Die Kolleginnen und Kollegen aus den Nachbarstädten haben bei unserer heutigen Pressekonferenz ebenfalls berichtet, dass das für sie ein großes Thema ist.

Ich möchte an dieser Stelle nachdrücklich betonen, wie wichtig es dabei ist, präventive Ansätze zu stärken. Das gelingt jedoch nur, wenn wir klare politische Schwerpunkte setzen und Prioritäten konsequent verfolgen. Insgesamt steigen die geplanten Aufwendungen für Soziales und Jugendhilfe auf über 1 Milliarde Euro. Wie sich die einzelnen Positionen entwickeln, können Sie der Grafik entnehmen. Die Bezirksumlage haben wir hier berücksichtigt.

PERSONALAUFWENDUNGEN



Die Personal- und Versorgungsaufwendungen werden weiter steigen – auf 912 Mio. Euro. Der diesjährige Tarifabschluss schlägt hier deutlich zu Buche. In der Oktober-Sitzung des Ältestenrats und Finanzausschuss werden wir über das alte Personaleinsparpaket der „FlexiKonsolidierung“ entscheiden, mit dem insgesamt 300 Planstellen abgebaut werden. Die daraus resultierenden Einspareffekte sind in dieser Hochrechnung bereits berücksichtigt. Unser Sozialkodex gilt heute und auch morgen: Wir werden niemanden wegen Sparprogrammen entlassen.

Mein persönlicher Eindruck ist jedoch: Viele unserer Dienststellen arbeiten schon jetzt am Limit. Die Anforderungen des Gesetzgebers nehmen stetig zu – oft verbunden mit zusätzlicher Bürokratie und wachsender Komplexität. Die einst von meinem Vorgänger geforderte „Beschlussdiät“ hat mittlerweile einen Jo-Jo-Effekt entwickelt: Die Entlastung war nur kurzzeitig, inzwischen wächst die Projektfülle wieder spürbar an. Stringent ist das nicht.

Ich möchte heute die Gelegenheit nutzen, allen Kolleginnen und Kollegen in der Verwaltung für ihren Einsatz und ihr großes Engagement herzlich zu danken. Aus meinen zahlreichen bundesweiten Einblicken kann ich mit Überzeugung und auch mit ein wenig Stolz sagen: Wir verfügen über eine der leistungsstärksten und innovativsten Verwaltungen in Deutschland. Vielen Dank dafür!

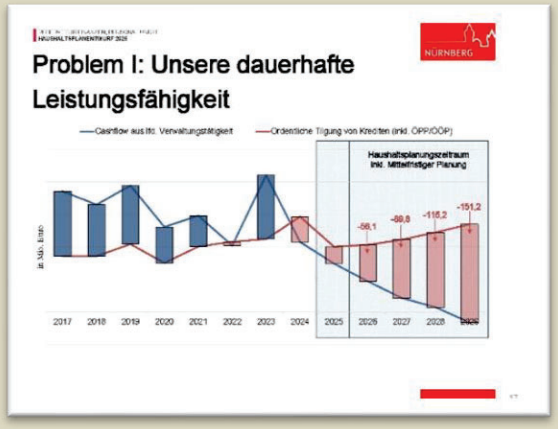
ZUSCHÜSSE



Ein zentraler Ausgabenblock bleibt die Zuschüsse, die wir an Träger, Vereine und Initiativen vergeben. Ihre Arbeit ist von großer Bedeutung – für das gesellschaftliche Miteinander ebenso wie für den Fortschritt in vielen Handlungsfeldern unserer Stadt. Trotz der schwierigen Rahmenbedingungen haben wir die Zuschüsse deshalb um die Personalkostensteigerungen fortgeschrieben. Das Gesamtvolumen beläuft sich nun auf 351 Mio. Euro, davon entfallen 33 Mio. Euro auf sogenannte Art 5-Zuschüsse, also klassische freiwillige Leistungen.

Zu den Zuschüssen habe ich mich eng mit den zuständigen Fachreferentinnen und Fachreferenten abgestimmt. Selbstverständlich gibt es viele berechtigte Wünsche seitens der Organisationen, die Zuschüsse noch weiter anzuheben. Aber in diesem Jahr ist es einfach ganz besonders eng.

PROBLEM I:
DAUERHAFTE LEISTUNGSFÄHIGKEIT

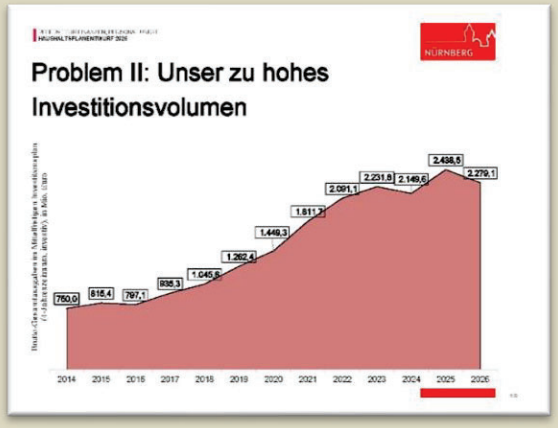


Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich will noch einmal auf die eingangs erwähnten vier Problemfelder Nürnbergs eingehen. Ich habe Ihnen einen kurzen Einblick in den konsumtiven Teil des Haushalts gegeben. Hinzu kommt die Tilgung von etwas mehr als 100 Mio. Euro an Krediten – die Lasten vergangener Jahre. Derzeit sind wir rechnerisch nicht in der Lage, bei den laufenden Einnahmen und Ausgaben ausreichend Überschüsse zu erwirtschaften, um das leisten zu können. Das verdeutlicht die folgende Grafik.

Wir sprechen hier von der sogenannten „dauerhaften Leistungsfähigkeit“ – einem der zentralen Kennwerte für die Genehmigungsfähigkeit eines Haushalts. Diese Lücke müssen wir zeitnah schließen, sei es durch höhere Einnahmen oder durch reduzierte Ausgaben. Um unsere Handlungsfähigkeit langfristig zu sichern, werden wir daher ein weiteres Sparpaket auf den Weg bringen müssen, so wie es die Regierung von Mittelfranken von uns auch in ihrer Haushaltsgenehmigung für das laufende Jahr eingefordert hat.

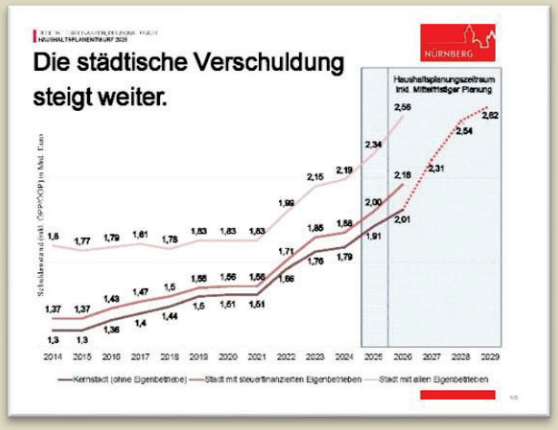
PROBLEM II:
INVESTIONSNIVEAU



Kommen wir nun zu den Investitionen. Unstrittig ist: Wir müssen mehr für den Klimaschutz tun, unsere Schulen sanieren und modernisieren sowie entschlossen in die Zukunft investieren. Besonders die Bauwerke aus den 1970er-Jahren bereiten zunehmend Sorgen, und auch das Wachstum unserer Stadt erfordert ein entsprechendes Mitwachsen der Infrastruktur. Doch das Investitionsvolumen bringt uns an unsere Grenzen – in den kommenden vier Jahren wird es mindestens 2,28 Milliarden Euro betragen.

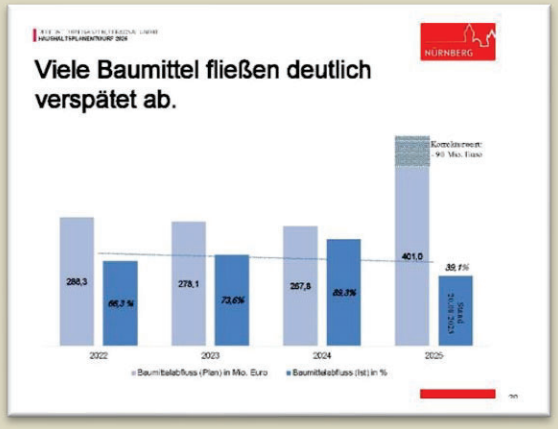
Gleichzeitig zeigt die Haushaltslage deutlich: Wenn wir aus dem laufenden Verwaltungsgeschäft nicht einmal die Tilgungen der aufgenommenen Kredite stemmen können, bringen wir keinen einzigen eigenen Euro für Investitionen auf. Die Konsequenz dieses hohen Investitionsvolumens ist daher zwangsläufig ein spürbarer Anstieg der Nettoneuverschuldung.

ENTWICKLUNG DER VERSCHULDUNG



Ohne Gegensteuern steigt bis 2029 damit der Verschuldungsstand in der Kernstadt auf 2,6 Milliarden Euro. Die Eigenbetriebe sind hier noch nicht berücksichtig. Die Zinslast steigt entsprechend mit. Es ist somit klar ersichtlich, dass wir uns unter diesen Rahmenbedingungen unser Investitionsprogramm nicht mehr leisten können.

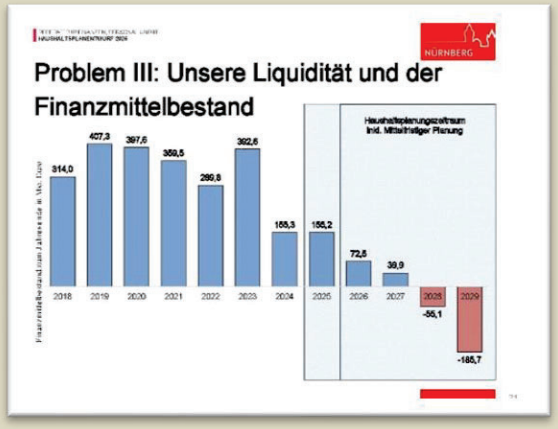
MITTELABFLUSS BAUINVESTITIONEN



In den vergangenen Jahren kam uns bei den Jahresabschlüssen zugute, dass unsere Bauprojekte langsamer vorangingen als ursprünglich geplant. Die Bauinvestitionsmittel wurden dadurch deutlich später abgerufen – viele Millionen blieben vorerst ungenutzt und wurden erst in den Folgejahren abgerufen. Das Schaubild zeigt, wie sich das prozentual entwickelt hat. Bis Mitte August flossen nicht einmal 40% ab.

Ob man das nun als Vorteil oder Nachteil betrachtet, ist letztlich eine Frage der fachlichen Perspektive. Ich habe dieser Entwicklung jedoch Rechnung getragen, indem ich für 2025 erstmals eine pauschale Mittelabflusskorrektur von 90 Mio. Euro unterstellt und im MIP berücksichtigt habe. Trotzdem bleibt so viel liegen. Für 2026 werde ich erneut eine solche Korrektur vorsehen – in Höhe von rund 50 Mio. Euro. Der Mittelabfluss wird auf spätere Jahre verschoben, was die dafür notwendige Nettoneuverschuldung ebenfalls nach hinten schiebt. Unser Ziel muss jedoch sein, die Planung realistischer zu gestalten und diese „Luft“ aus dem MIP zu nehmen.

PROBLEM III: FINANZMITTELBESTAND UND LIQUIDITÄT



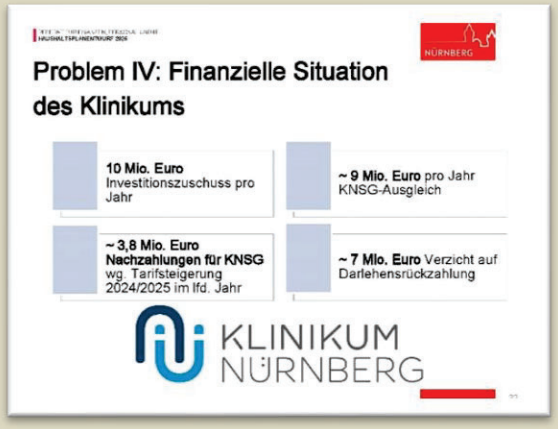
Werfen wir einen Blick auf die Liquidität, also vereinfacht gesagt auf unseren Kontostand zum Jahreswechsel. Sie sehen, dass dieser im Zeitverlauf deutlich sinkt. Das war eine bewusste Entscheidung: Im zurückliegenden Jahr habe ich begonnen, die Mittel gezielt abzuschmelzen, da uns eine Gesetzesänderung bei den Kreditermächtigungen mehr Flexibilität verschafft hat. Ich möchte hier nicht in technische Details gehen. Kurz gesagt: Bevor wir neue Kredite aufnehmen, wollte ich zunächst diese Mittel nutzen – um uns unnötige Zinszahlungen zu ersparen. Aber jetzt findet dieses Manöver sein Ende. Zur Orientierung: Rund 250 Mio. Euro bräuchten wir zum Jahreswechsel, um sicher und ohne neue Kredite durch den Januar zu kommen. Diese haben wir nicht mehr.

Wenn wir die kommenden Jahre hochrechnen, landen wir trotz Rekordschulden für unsere Investitionen bei einem negativen Finanzmittelbestand. Das ist eine rein kalkulatorische Größe – rechtlich würde

die Aufsicht in Bayern so etwas niemals genehmigen. Und praktisch wäre es ohnehin nicht darstellbar, wenn wir uns strukturell mit einem dreistelligen Millionenbetrag über Kassenkredite verschulden würden. Dieses Problem müssen wir also zwingend bis November lösen.

PROBLEM IV: FINANZIELLE SITUATION VON KLINIKUM UND STÄDTISCHEN WERKEN

KLINIKUM NÜRNBERG



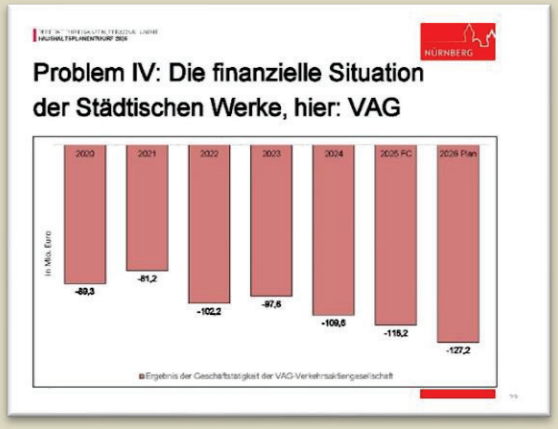
Wenden wir uns der Situation von Klinikum und Städtischen Werken zu. Ich will für beide noch einmal vorausschicken, dass die Zusammenarbeit mit Vorstand bzw. Geschäftsführung ausgesprochen eng und gut ist. Problem sind die rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen bei der Finanzierung und Herausforderungen bei deren Investitionen.

Unser Klinikum ist eines der größten kommunalen Häuser in der Republik und bietet eine medizinische Versorgung auf höchstem Niveau. Wir werden sicherstellen, dass das auch so bleibt! Die Herausforderungen beim Klinikum bleiben aber groß. Der Jahresverlust bewegt sich inzwischen in einer Größenordnung von rund 18 Mio. Euro. Der Stadtrat hatte beschlossen, die Beschäftigten der Service-Gesellschaft in den TVöD zu überführen. Die daraus resultierenden Mehrausgaben trägt der Stadthaushalt. Nachdem nun die tariflichen Fragen der Überführung und Zuordnung geklärt sind, hat uns der Klinikumsvorstand informiert, dass die bislang eingeplante Ausgleichszahlung für 2024 von rund 6,7 Mio. Euro nicht ausreicht und auf rund 8,5 Mio. Euro erhöht werden muss. 2025 das gleiche Problem. Die Nachzahlungen für die beiden Haushaltsjahre sollten wir über den Nachtragshaushalt finanzieren; die Mittelaufstockung ab 2026 ist im Haushalt bereits berücksichtigt. Die Investitionsförderung bleibt zunächst bei 10 Mio. Euro. Zudem schlage ich vor, mit dem Nachtragshaushalt auf eine Altforderung gegen das Klinikum von knapp 7 Mio. Euro zu verzichten. Damit verschaffen wir dem Klinikum bilanziell Entlastung; dennoch werden wir angesichts des schrumpfenden Eigenkapitals in den kommenden Jahren zusätzliche Mittel bereitstellen müssen.

Ich habe diese Woche außerdem Gespräche mit Landrat Kroder geführt, damit sich der Landkreis Nürnberger Land an der Finanzierung der Kliniken Nürnberger Land beteiligt, einer Tochter unseres Klinikums. Die indirekte Finanzierung der medizinischen Versorgung im Landkreis können wir nicht aus dem Nürnberger Stadthaushalt bestreiten. Ich bin zuversichtlich, dass die gute und faire Zusammenarbeit in der Region auch bei diesem Thema trägt und wir hier zu einer Einigung kommen.

Darüber hinaus befinden sich der Oberbürgermeister und ich mit dem Klinikum Nürnberg in Gesprächen mit Diakoneo über eine mögliche Übernahme der Klinik Hallerwiese-Cnopfsche Kinderklinik. Die medizinische Versorgung gehört zum Kernbereich der Daseinsvorsorge und sie können versichert sein, dass wir das Thema mit oberster Priorität bearbeiten. Ich will auf den Zungenschlag manch eines Zeitungsartikels aber noch erwidern: Dass wir nicht schneller vorwärtskommen, liegt nicht an uns.

STÄDTISCHE WERKE



Zu den städtischen Werken: In den kommenden Jahren stehen erhebliche Investitionen an – wie ich eingangs bereits erwähnt habe, für die Mobilitäts-, Energie- und Wärmewende.

Die VAG hat im Jahr 2024 einen neuen Fahrgastrekord aufgestellt: 161,3 Millionen Fahrgäste nutzten ihre öffentlichen Verkehrsmittel – ein Plus von 7,3 Millionen im Vergleich zum Vorjahr. Während bundesweit das Fahrgastaufkommen noch immer hinter dem bisherigen Rekordjahr 2019 zurückblieb, haben wir damit einen eindrucksvollen Schritt nach vorn gemacht. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, wir haben gemeinsam vieles richtig gemacht.

Aber: Diese Leistung hat auch ihren finanziellen Preis. Ich habe Ihnen die Jahresverluste der Verkehrsbetriebe mitgebracht, die schon länger nicht mehr vollständig durch die Gewinne der N-ERGIE ausgeglichen werden können. Wir müssen helfen, die dadurch entstehende Finanzierungslücke bei den Städtischen Werken zu schließen. Ich schlage Ihnen daher vor:

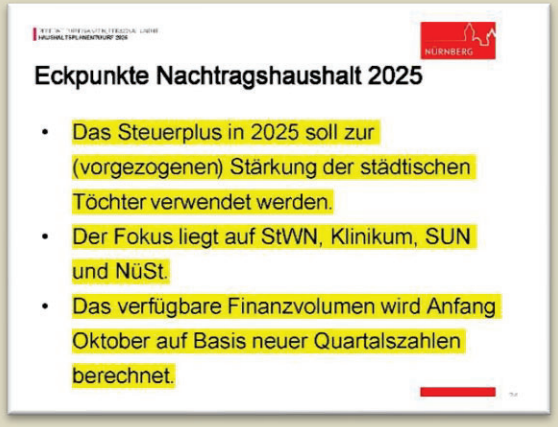
• Den Zuschuss für 2026 bereits auf 2025 vorzuziehen und einmalig um 5 Mio. auf 25 Mio. Euro aufzustocken. Dies wäre ein Baustein des Nachtragshaushalts.

• Den Investitionszuschuss von derzeit 15 Millionen Euro ab 2027 auf 20 Mio. Euro jährlich zu erhöhen. Dies müssten wir, wie bei den anstehenden MIP-Beratungen, noch integrieren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

damit würden wir die Mittel für den ÖPNV erneut deutlich aufstocken und ein klares politisches Signal setzen. Die Unterstützungsleistung würde damit ab 2027 auf 40 Mio. Euro pro Jahr anwachsen – die Kosten des Sozialtickets noch nicht berücksichtig. Allerdings wird dieser Betrag nicht ausreichen, um das gesamte StWN-Defizit auszugleichen. Es wären dennoch Rekordwerte, die unsere politische Schwerpunktsetzung unterstreichen.

NACHTRAGSHAUSHALT



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich will noch ein paar Ausführungen zu dem angesprochenen Nachtragshaushalt machen: Die erwähnten städtischen Töchter sowie ausgewählte Eigenbetriebe stehen aktuell vor erheblichen Herausforderungen. Eine zentrale Aufgabe besteht darin, ihre Ausstattung mit ausreichender Liquidität sicherzustellen. Dabei liegt es in unserer Verantwortung, die Unternehmen gezielt zu unterstützen. Die Frage ist deshalb nicht ob, sondern wann wir diese Unterstützung leisten:

• Entweder wir berücksichtigen diese Maßnahmen noch in der mittelfristigen Finanz- und Ergebnisplanung. Das bläht den Haushalt ab 2026 aber leider weiter auf.

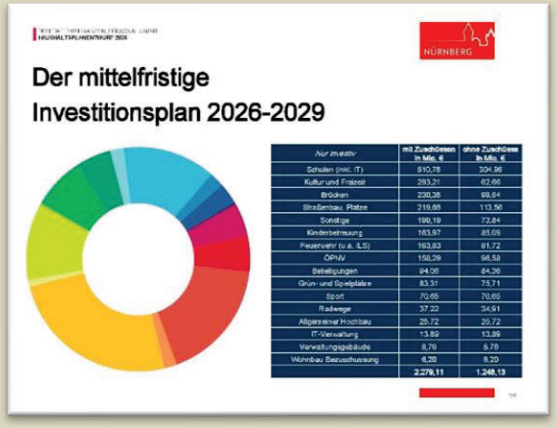
• Oder wir nutzen noch in diesem Jahr das unerwartete Steuerplus zur Gegenfinanzierung und nehmen uns den Themen jetzt an.

Wie ich Ihnen bereits anhand der Gewerbesteuereinnahmen gezeigt habe, verfügen wir aktuell über einen finanziellen Spielraum dafür. Deshalb empfehle ich, die Unterstützung bereits jetzt bereitzustellen. Auf diese Weise geben wir den Unternehmen frühzeitig Planungssicherheit und entlasten zugleich den Haushalt der kommenden Jahre. Mehr wird das Geld dadurch aber natürlich nicht.

Mein Vorschlag lautet daher, im Oktober-Stadtrat einen Nachtragshaushaltsplan zu beschließen und die erforderlichen Mittel noch in diesem Jahr zur Auszahlung freizugeben. Nach Abschluss des Steuermonats September und damit des dritten Quartals werde ich auf Basis einer aktualisierten Hochrechnung einen konkreten Vorschlag unterbreiten. Die betroffenen Unternehmen habe ich Ihnen auf dieser Folie zusammengestellt.

Das Vorziehen der für 2026 geplanten Zuschüsse an die StWN habe ich bereits im vorliegenden Haushaltsplanentwurf antizipiert, sonst wären die Kennzahlen für 2026 noch einmal 20 Mio. Euro schlechter.

MITTELFRISTIGER INVESTITIONSPLAN (MIP)



Nur investiv	mit Zuschüssen in Mio. €	ohne Zuschüsse in Mio. €
Schulen (inkl. IT)	810,75	304,96
Kultur und Freizeit	293,21	62,66
Brücken	230,38	98,64
Straßenbau, Plätze	219,68	113,56
Sonstige	199,19	73,84
Kinderbetreuung	183,97	85,05
Feuerwehr (u.a. ILS)	163,83	91,72
ÖPNV	158,29	98,58
Beteiligungen	84,06	84,36
Grün- und Spielplätze	83,31	75,71
Sport	70,65	70,65
Radwege	37,22	34,91
Allgemeiner Hochbau	25,72	25,72
IT-Verwaltung	13,89	13,89
Verwaltungsgebäude	8,78	8,78
Wohnbau Bezuschussung	8,20	8,20
	2.279,11	1.248,19

Kommen wir zum mittelfristigen Investitionsplan (MIP). Sie kennen diese Darstellungsform und sehen, dass der Schulbereich auch weiterhin Platz 1 einnimmt. Kultur und Freizeit folgen, danach die Brücken.

Wir haben innerhalb der Verwaltung bereits Maßnahmen ergriffen, um den Zufluss in den MIP zu begrenzen und die Zahl neuer Projekte zu reduzieren. Ich habe bereits ausgeführt, dass das Niveau auf Dauer zu hoch ist und unsere Planungen auf der Zeitachse zu ambitioniert sind. Die darin enthaltene Mittelabflusskorrektur habe ich Ihnen ebenfalls bereits erläutert.

Für zwei besonders wichtige und drängende Projekte haben Sie bereits im Juli den sogenannten Project Freeze beschlossen:

1. Für die Reutersbrunnenstraße 34: Ein Neubau des Kinder- und Jugendnotdienstes (KJND) sowie des Kinder- und Jugendhilfezentrums (KJHZ) mit Generalsanierung von Teilen des Bestandsgebäudes. Ziel ist es, zeitgemäße Wohn- und Inobhutnahmemöglichkeiten zu schaffen, die Schutz, Privatsphäre und pädagogische Qualität gewährleisten. Die Kosten belaufen sich auf rund 50,2 Mio. Euro.

2. Zudem für den Neubau der Integrierten Leitstelle (ILS) sowie eines zusätzlichen Gebäudes für das Sachgebiet Elektro- und Kommunikationstechnik: Mit diesem Projekt werden die Kapazitätsengpässe am bisherigen Standort behoben und zugleich eine vollwertige Redundanzleitstelle für Nordbayern geschaffen. Ergänzend entstehen Flächen für das städtische Kabelnetz, das für Brandmeldeanlagen sowie das Telefon- und Datennetz verantwortlich ist. Die Kosten betragen rund 134,2 Mio. Euro, wovon ca. 65,8 Mio. Euro durch den entsprechenden Zweckverband und 8 Mio. Euro durch den Freistaat gefördert werden sollen. Letzteres ist allerdings ein sehr dürftiger Zuschuss für die Software. Die Integrierte Leitstelle dient nicht nur Nürnberg, sondern dem gesamten Rettungszweckverband – also auch unseren Nachbarstädten und -landkreisen. Betrieben wird sie aber von der Stadt Nürnberg.

Wir sind uns in der Stadtspitze einig: Eine vollumfängliche Vorfinanzierung durch die Stadt Nürnberg kann und wird es nicht geben. Die skizzierte Beteiligung an den Investitionskosten muss von Beginn an durch die Partner und den Zweckverband erfolgen. Eine Einigung in dieser Finanzierungsfrage war bereits zum Greifen nah, wird nun jedoch von einigen wieder infrage gestellt. Hier werden wir konsequent bleiben: Die enge regionale Zusammenarbeit darf nicht dazu führen, dass die finanziellen Lasten einseitig auf die Stadt Nürnberg abgewälzt werden.

MIP-WARTESCHLANGE



Der MIP hat auf dieser Grundlage für den Zeitraum 2026 bis 2029 ein Volumen von fast 2,3 Milliarden Euro. Einige Projekte stehen noch vor dem Project Freeze, der in der Oktober-Sitzung des Ältestenrats und Finanzausschusses beschlossen werden soll. Dazu zählt auch die Umgestaltung des Plärrers. Eine Aufnahme dieses Projekts, ohne dass es an anderer Stelle zu Mittelverschiebungen kommt, halte ich Stand der Dinge für unrealistisch. Eine Auswahl der bisher nicht aufgenommenen Projekte sehen sie hier. Sie finden diese dann auf der sog. gelbgrünen Liste.

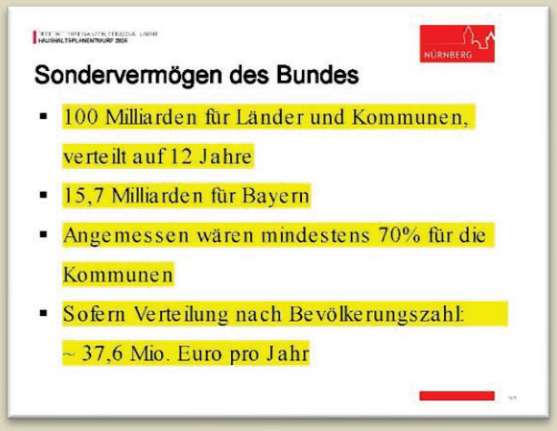
STADIONPROJEKT

Lassen Sie mich noch zu einem weiteren wichtigen Projekt ein paar Worte verlieren: Unser Stadionprojekt gewinnt weiter an Dynamik. Das ist von zentraler Bedeutung, denn nur so vermeiden wir künftig kostspielige Sanierungen der alten Bausubstanz und können unsere Ressourcen vollständig auf den Neubau mit seinen funktionalen Verbesserungen konzentrieren. Besonders erfreulich ist, dass die Bayerische Staatsregierung eine Förderung zugesagt hat und bereit ist, den städtischen Eigenanteil zu verdoppeln. Ohne diesen Zuschuss wäre das Projekt in seiner jetzigen Form nicht realisierbar. Derzeit arbeiten wir daran, auf fachlicher Ebene den Austausch mit der Staatsregierung zu intensivieren, um die genauen Rahmenbedingungen dieser Zusage zu klären – insbesondere, ob sie an eine Obergrenze gebunden ist.

Mit dem vorliegenden Haushaltsplanentwurf schlage ich Ihnen vor, die Investitionsmittel zunächst auf die zugesagten 30 Mio. Euro anzuheben. Die Aussicht auf eine Verdopplung durch den Freistaat sollte uns jedoch ermutigen, auch eine weitere Aufstockung zu prüfen. Gelingt es uns, zusätzlich 20 Mio. Euro zu mobilisieren, wäre dies für die Gesamtfinanzierung außerordentlich vorteilhaft – auch wenn dieses Ziel ambitioniert ist. Zusammen mit dem aktuellen Stadionwert von rund 20 Mio. Euro ergäbe sich so ein Gesamtvolumen von 70 Mio. Euro, das der Freistaat verdoppeln könnte.

Ich kann mir diesen Schritt vorstellen, da er die notwendige Kreditaufnahme im Projekt deutlich reduziert. Damit sinkt nicht nur die Zinslast, sondern auch das Risiko eines zusätzlichen Zuschussbedarfs im laufenden Betrieb – ein wichtiger Beitrag angesichts der aktuellen Herausforderungen im konsumtiven Bereich.

SONDERVERMÖGEN



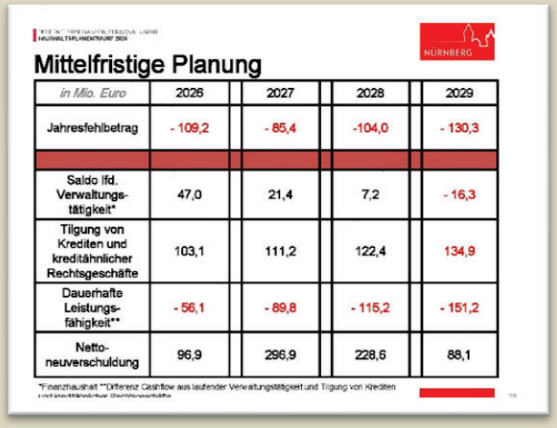
Es gibt aber auch erfreuliche Nachrichten: Aus dem Sondervermögen des Bundes sollen insgesamt 100 Milliarden Euro an Länder und Kommunen fließen. Über den Bayerischen Städtetag setzen wir uns derzeit intensiv dafür ein, dass ein möglichst großer Anteil dieser Mittel tatsächlich bei den Kommunen ankommt – und zwar unbürokratisch sowie schnell abrufbar. Denn wir vor Ort wissen am besten, wofür das Geld benötigt wird. Dafür braucht es keine meterlangen Antragsunterlagen.

Ende Oktober finden die finalen Gespräche zwischen dem Freistaat Bayern und den kommunalen Spitzenverbänden statt. Dabei geht es dieses Mal nicht nur um die Schlüsselzuweisungen, sondern auch um dieses Sondervermögen. Ich gehe davon aus, dass wir bereits bei den Etatberatungen im November einen pauschalen Ansatz für den Investitionszuschuss unterstellen und im Haushalt veranschlagen können.

Zur Veranschaulichung habe ich Ihnen eine Modellrechnung mitgebracht: Bayern soll insgesamt 15,7 Milliarden Euro erhalten, verteilt über zwölf Jahre. Sollten 70 Prozent dieser Summe an die Kommunen fließen und Nürnberg anteilig nach seiner Bevölkerungsgröße berücksichtigt werden, ergäbe das für uns rund 37,6 Mio. Euro jährlich. Das ist allerdings nur eine überschlägige Rechnung mit vielen Unwägbarkeiten. Ich hoffe, dass wir bald mehr Klarheit haben.

Von der beschlossenen Altschuldenhilfe werden wir allerdings nicht profitieren, weil wir uns in Nürnberg bisher strukturell nie über Kassenkredite, sondern mit Investitionskrediten verschuldet haben. Das geht vielen Kommunen in Bayern so. Als Kompensation für Bayern wird es eine Entlastung beim Länderfinanzausgleich geben. Ich wäre dafür, dass der Freistaat diese Mittel an die Kommunen weiterreicht, was in Anbetracht der schweren kommunalen Haushaltslage dringend geboten wäre.

KENNZAHLEN



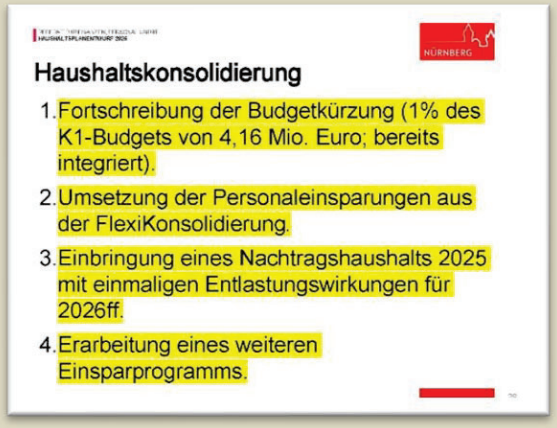
Mittelfristige Planung

in Mio. Euro	2026	2027	2028	2029
Jahresfehlbetrag	- 109,2	- 85,4	-104,0	- 130,3
Saldo lfd. Verwaltungstätigkeit*	47,0	21,4	7,2	- 16,3
Tilgung von Krediten und kreditähnlicher Rechtsgeschäfte	103,1	111,2	122,4	134,9
Dauerhafte Leistungsfähigkeit**	- 56,1	- 89,8	- 115,2	- 151,2
Nettoneuverschuldung	96,9	296,9	228,6	88,1

*Finanzhaushalt **Differenz Cashflow aus laufender Verwaltungstätigkeit und Tilgung von Krediten

Auf der nächsten Übersichtsfolie sehen sie noch einmal alle derzeitigen Eckwerte zusammengetragen. Das sind keine guten Aussichten. Trotz der unterstellten Rekordeinnahmen senken sich die relevanten Kennzahlen, die für eine Haushaltsgenehmigung notwendig sind, in den roten Bereich.

HAUSHALTSKONSOLIDIERUNG



Haushaltskonsolidierung

1. Fortschreibung der Budgetkürzung (1% des K1-Budgets von 4,16 Mio. Euro; bereits integriert).
2. Umsetzung der Personaleinsparungen aus der FlexiKonsolidierung.
3. Einbringung eines Nachtragshaushalts 2025 mit einmaligen Entlastungswirkungen für 2026ff.
4. Erarbeitung eines weiteren Einsparprogramms.

Wir müssen also miteinander noch nachsteuern. Die Kämmerei musste bei den verwaltungsinternen Budgetverhandlungen eher hart bleiben, zudem haben wir die Kürzung des K1-Sachmittelbudgets für dieses Jahr auch für die nächsten Jahre unterstellt. Wir werden die konkrete Umsetzung des Personaleinsparpakets beschließen und sofern der Vorschlag Ihre Unterstützung findet, einen Nachtragshaushalt auf den Weg bringen. Wir erarbeiten derzeit verwaltungsintern noch ein weiteres Sparprogramm, das wir im Oktober beschließen lassen wollen. Wir reden zum Beispiel über Standards, also dort, wo wir über das gesetzliche Maß hinausgehen. Aber auch über die Veräußerung von Immobilien, die wir nicht mehr brauchen und Unterhaltsmittel binden, dazu gehört zum Beispiel auch das alte denkmalgeschützte August-Meier-Haus.

Dafür haben wir uns eine Größenordnung von rund 30 Mio. struktureller Einsparungen, also pro Jahr, vorgenommen. Mittelfristig wird das nicht reichen. In Anbetracht dieser Größenordnung muss deshalb allen Beteiligten klar sein: Wir werden in den nächsten Jahren um tiefergehende strukturelle Änderungen nicht herumkommen. Hier braucht es den erwähnten solidarischen Kraftakt aller.

NÄCHSTE MEILENSTEINE



Wichtige Meilensteine für den Haushalt

Stellenangelegenheiten im Personal- und Organisationsausschuss	21. Oktober
Haushaltskonsolidierung im Ältestenrat und Finanzausschuss	22. Oktober
Vorschlag Hebesatz Bezirksumlage 2026	22. Oktober
Neue Steuerschätzung des Bundes	23. Oktober
Spitzengespräch zum bayer. Finanzausgleich und Sondervermögen	30. Oktober
Etatberatungen im Stadtrat	20. November

Bis zu den Etatberatungen stehen noch mehrere entscheidende Meilensteine an, die ich Ihnen auf einer Folie zusammengestellt habe. Der Ältestenrat und Finanzausschuss befasst sich mit weiteren Project Freezes für den Mittelfristigen Investitionsplan, mit den angesprochenen Konsolidierungsmaßnahmen und mit der Festlegung des Hebesatzes für die Grundsteuer. Im Personal- und Organisationsausschuss werden die Themen rund um den Stellenplan beraten.

Mit dem Abschluss des dritten Quartals im September liegen uns aktuelle Daten vor, auf deren Basis wir – zusammen mit der neuen Steuerschätzung auf Bundesebene – die Steuerplanansätze erneut hochrechnen werden. Einen wichtigen Hinweis zur Entwicklung der Bezirksumlage erhalten wir zudem durch den Haushaltsplanentwurf des Bezirkskämmerers.

Ende Oktober kommen schließlich die kommunalen Spitzenverbände mit dem Freistaat zusammen, um über die Schlüsselzuweisungen und den Bayerischen Finanzausgleich zu verhandeln. Ich gehe davon aus, dass in diesem Rahmen auch über die Verteilung der Mittel aus dem Sondervermögen entschieden wird.

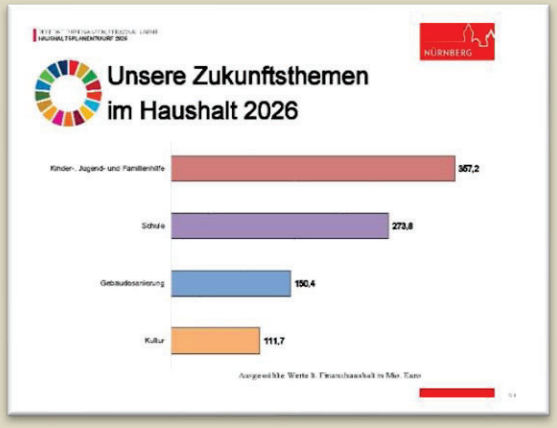
DANKE

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

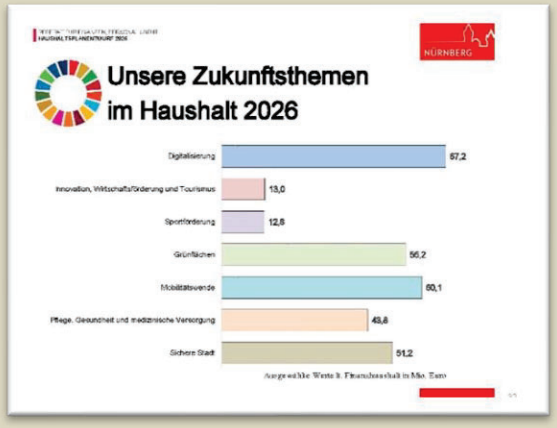
ich möchte die Gelegenheit nutzen, um mich generell für die stets gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit zu bedanken, beim Oberbürgermeister, den Kolleginnen und Kollegen der Referentenrunde und den Stadtratsmitgliedern aber ausdrücklich auch bei unserer Personalvertretung, stellvertretend dem Gesamtpersonalrat.

Mein besonderer Dank gilt außerdem erneut meinem Team im Referat und in der Kämmerei, das hervorragend eingespielt ist und fachlich auf höchstem Niveau arbeitet.

UNSERE ZUKUNFTSTHEMEN



Auf den letzten Folien sehen Sie, dass wir trotz der engen Rahmenbedingungen weiterhin vielen wichtigen Bereiche der städtischen Bedarfe Rechnung tragen.



Der Haushaltsplanentwurf 2026 sieht weiterhin hohe Millionenbeträge vor für Kinder, Jugend und Familie, für unsere Schulen, für Gebäudesanierung, für Kultur, Digitalisierung, Wirtschafts- und Sportförderung, für Grünflächen, für die Mobilitätswende, für Pflege und Gesundheit und für Maßnahmen zur Steigerung der Sicherheit in unserer Stadt.

EINLADUNG ZUR DISKUSSION

In den kommenden Tagen erhalten Sie von uns den detaillierten Entwurf des Haushaltsplans, der anschließend in die Beratungen geht. Für Rückfragen und Gespräche stehe ich Ihnen selbstverständlich jederzeit zur Verfügung. Damit wir im November zu einem guten Ergebnis kommen, ist – wie schon im vergangenen Jahr – Ihr konstruktives Mitwirken entscheidend, um einen möglichst breiten Konsens zu erreichen. Das liegt mir sehr am Herzen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir alle wissen: Die kommenden Monate werden nicht einfach. Ein genehmigungsfähiger Haushalt geht mit schwierigen Entscheidungen her, auch mit Verzicht. Aber er bedeutet vor allem eines: Handlungsfähigkeit für unsere Stadt.

Es geht nicht nur um Zahlen in Tabellen, sondern um die Lebensqualität der Menschen in Nürnberg – um sichere Arbeitsplätze, gute Schulen, funktionierende Kliniken, um Mobilität, Kultur und sozialen Zusammenhalt. All das hängt an der Verantwortung, die wir gemeinsam übernehmen.

Ich weiß: Wenige Monate vor einer Kommunalwahl ist es verlockend, neue Projekte zu versprechen oder Wünsche zu erfüllen. Aber Verantwortung heißt auch, jetzt ehrlich zu sein – und die Grundlage dafür zu legen, dass Nürnberg auch nach dem Wahltag handlungsfähig bleibt. Wir brauchen einen solidarischen Kraftakt, aber zur Wahrheit gehört auch: Fast keine Kommune wird es perspektivisch mehr ohne größere Unterstützung von Bund und Land schaffen.

Wir dürfen nicht zulassen, dass die Finanzkrise der Kommunen zu einer Krise der Demokratie wird. Deshalb müssen wir – trotz aller Unterschiede – hier im Stadtrat einen breiten Konsens finden. Denn die Botschaft an die Bürgerinnen und Bürger muss lauten: Wir handeln, wir übernehmen Verantwortung, wir sichern die Zukunft Nürnbergs.

Lassen Sie uns diesen Weg gemeinsam gehen – klar, entschlossen und solidarisch. Für eine Stadt, die auch morgen stark, lebendig und handlungsfähig bleibt.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.



Nürnberg, 24. September 2025

gez. Thorsten Brehm

Referent für Finanzen, Personal und IT
Stadtkämmerer der Stadt Nürnberg

NÜRNBERG

HAUSHALTS-PLANENTWURF 2026



NÜRNBERG

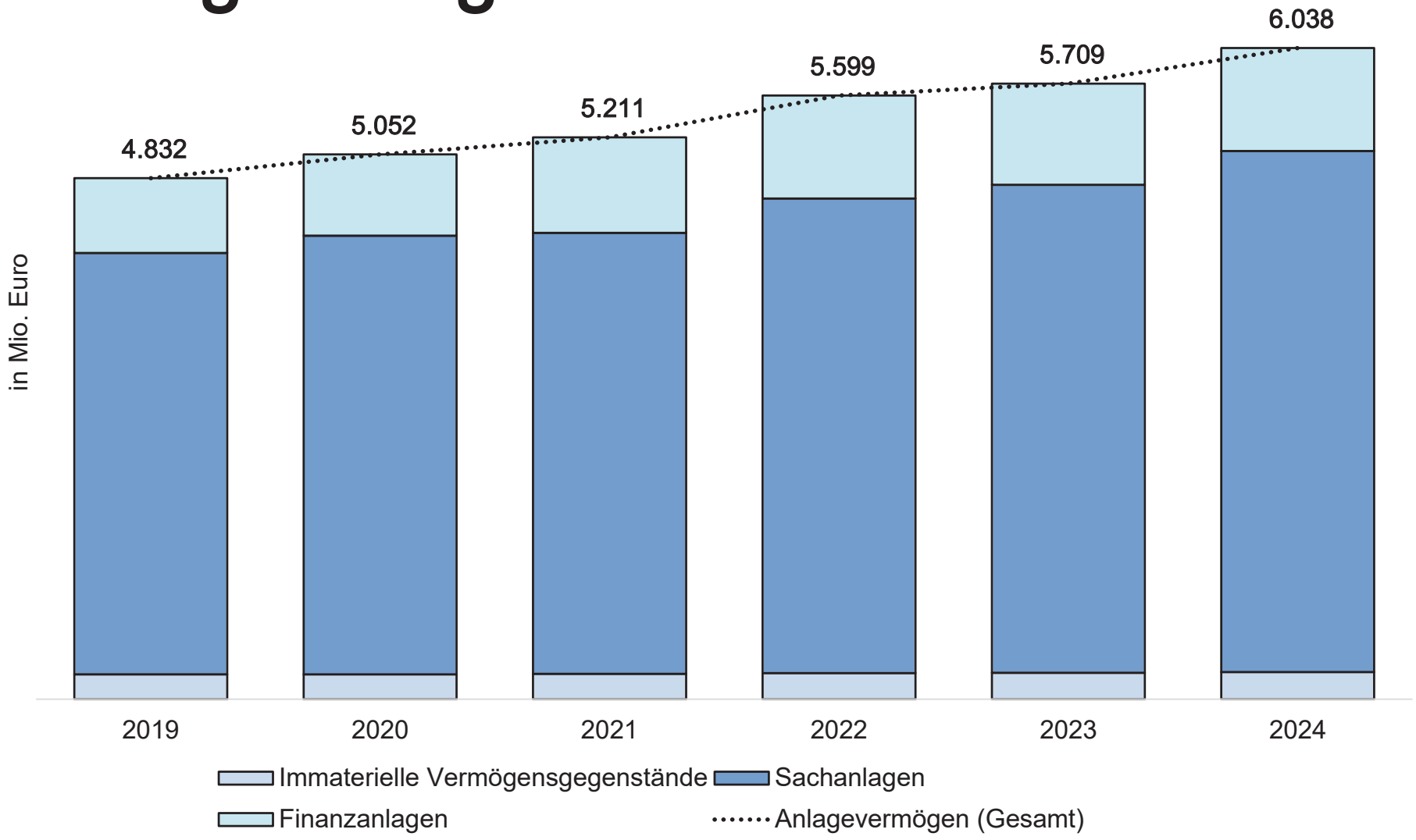
Die Kommunen brauchen Hilfe.



Pressekonferenz der mittelfränkischen Kämmererinnen und Kämmerer der kreisfreien Städte.

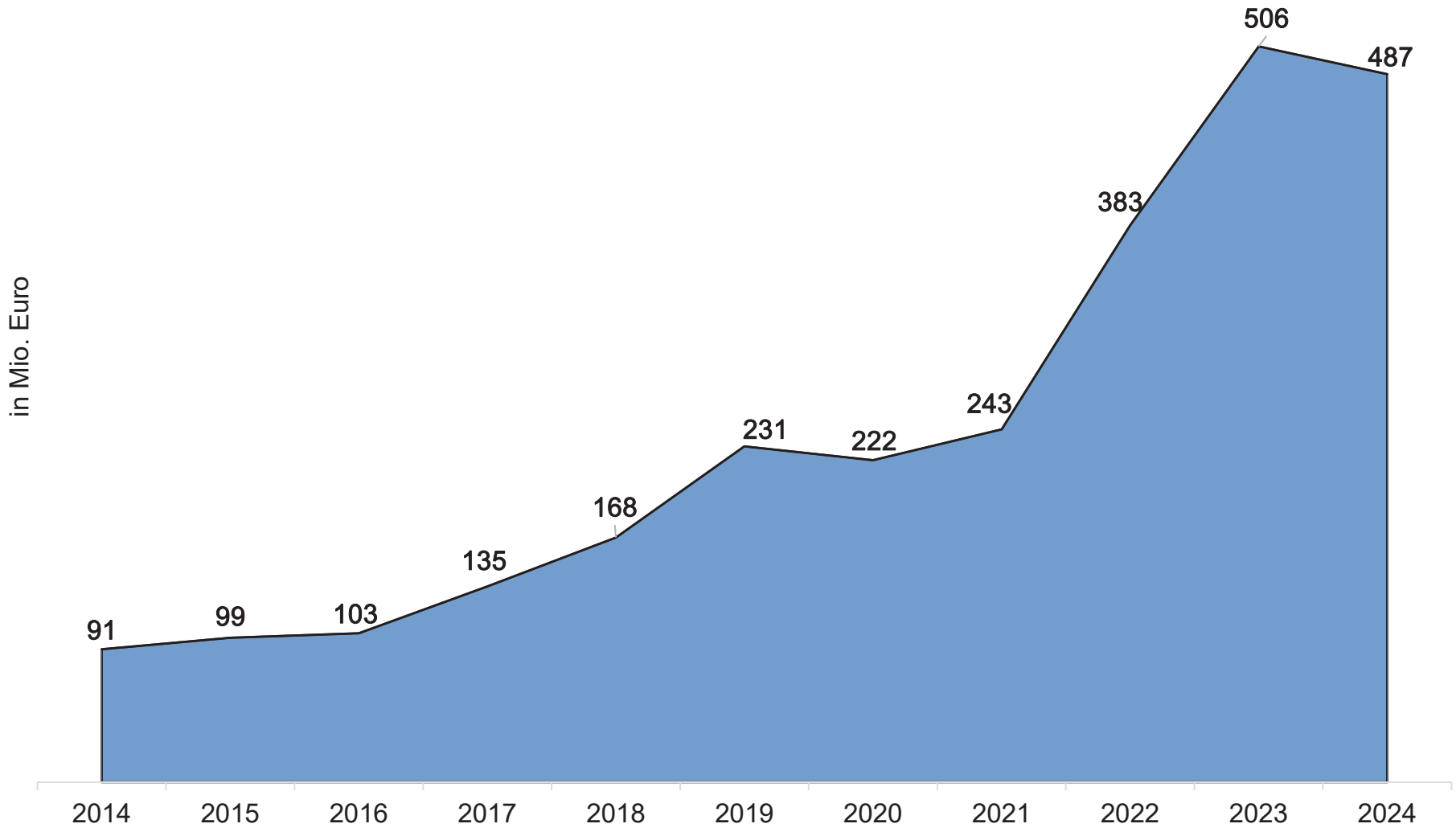
NÜRNBERG

Wir haben in den letzten Jahren Vermögen aufgebaut.



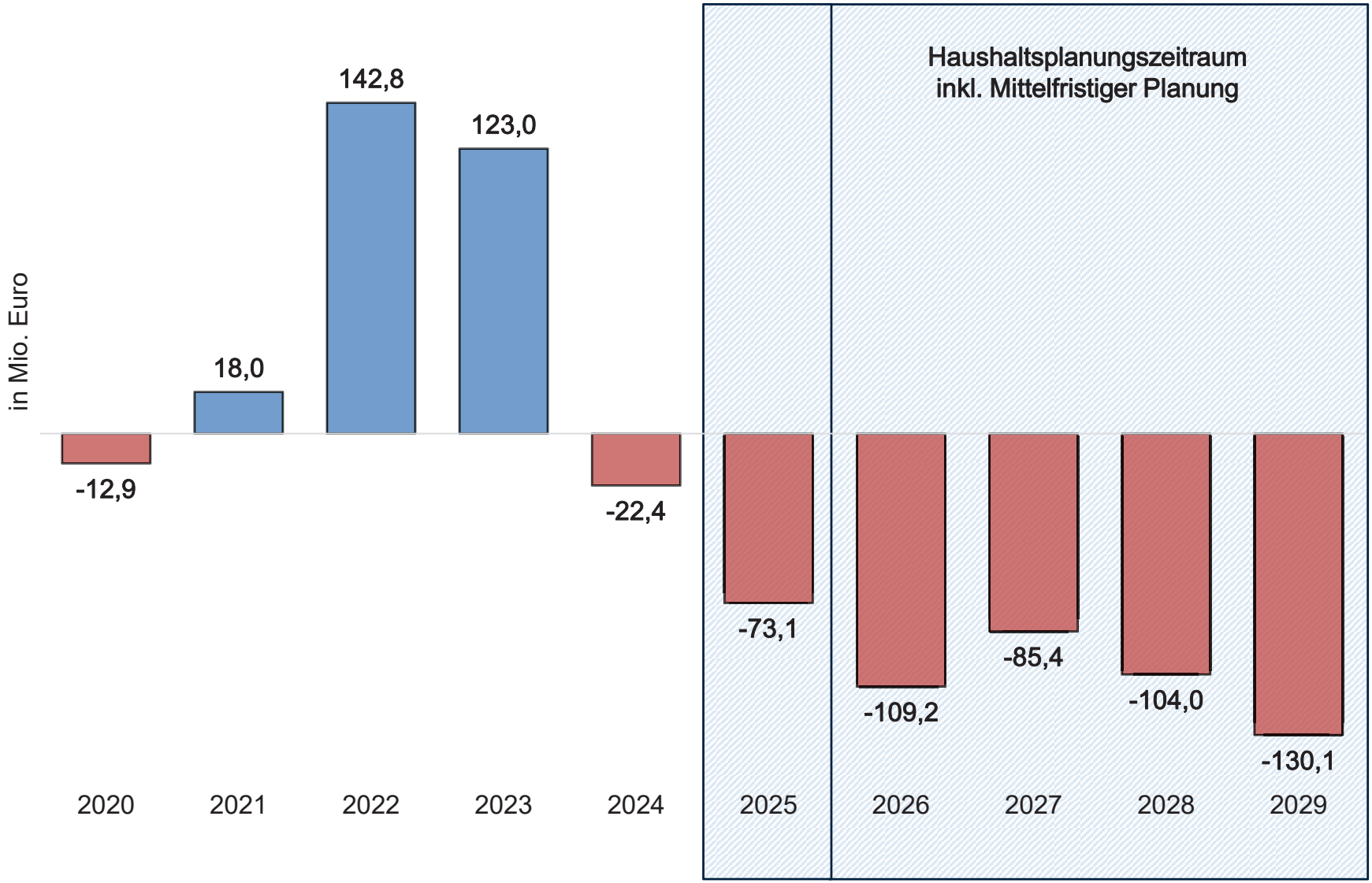
NÜRNBERG

Entwicklung der Ergebnisrücklage



NÜRNBERG

Entwicklung der Jahresergebnisse



NÜRNBERG

Die Kernprobleme aus dem Vorjahr bleiben bestehen…

I: Unsere dauerhafte Leistungsfähigkeit

II: Unser zu hohes Investitionsvolumen

III: Unsere Liquidität und der Finanzmittelbestand

IV: Die finanzielle Situation unserer Tochterunternehmen

NÜRNBERG

Ordentliche Erträge

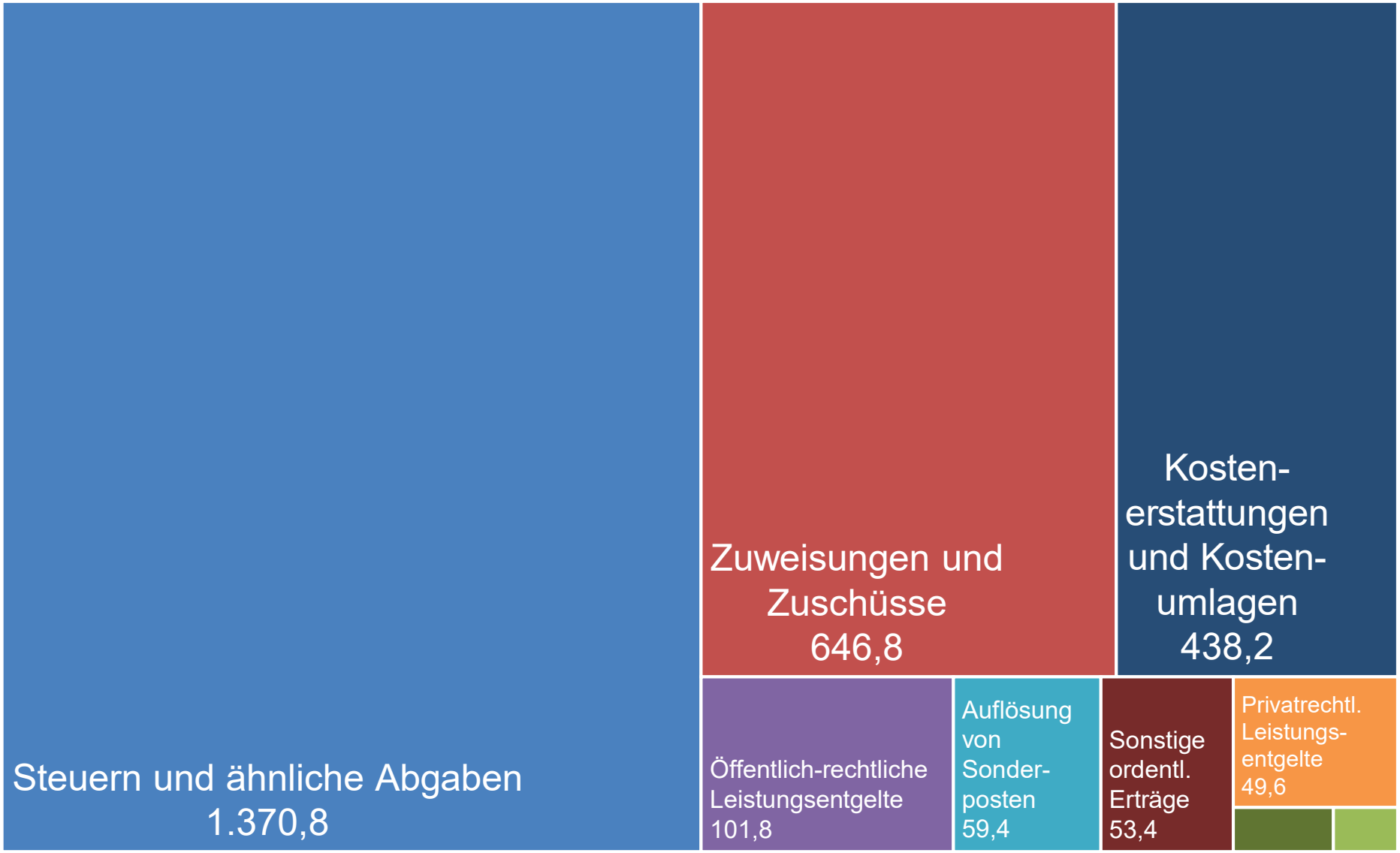
2,7 Mrd. Euro Haushaltsplanentwurf 2026	+ 166,9 Mio. Euro

Zunahme um 6,5 % zum Vorjahresplan.

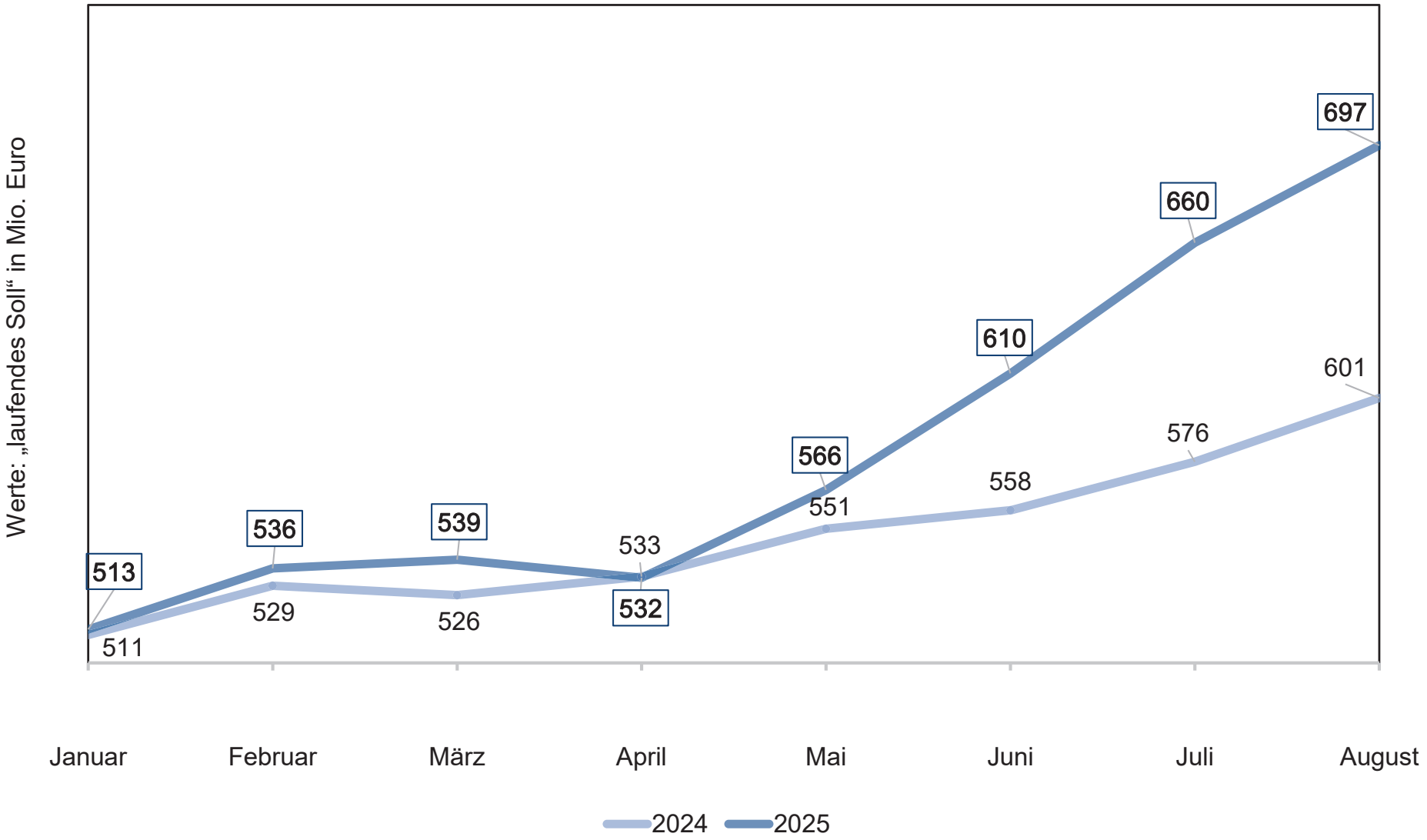
NÜRNBERG

Ordentliche Erträge 2026

in Mio. Euro

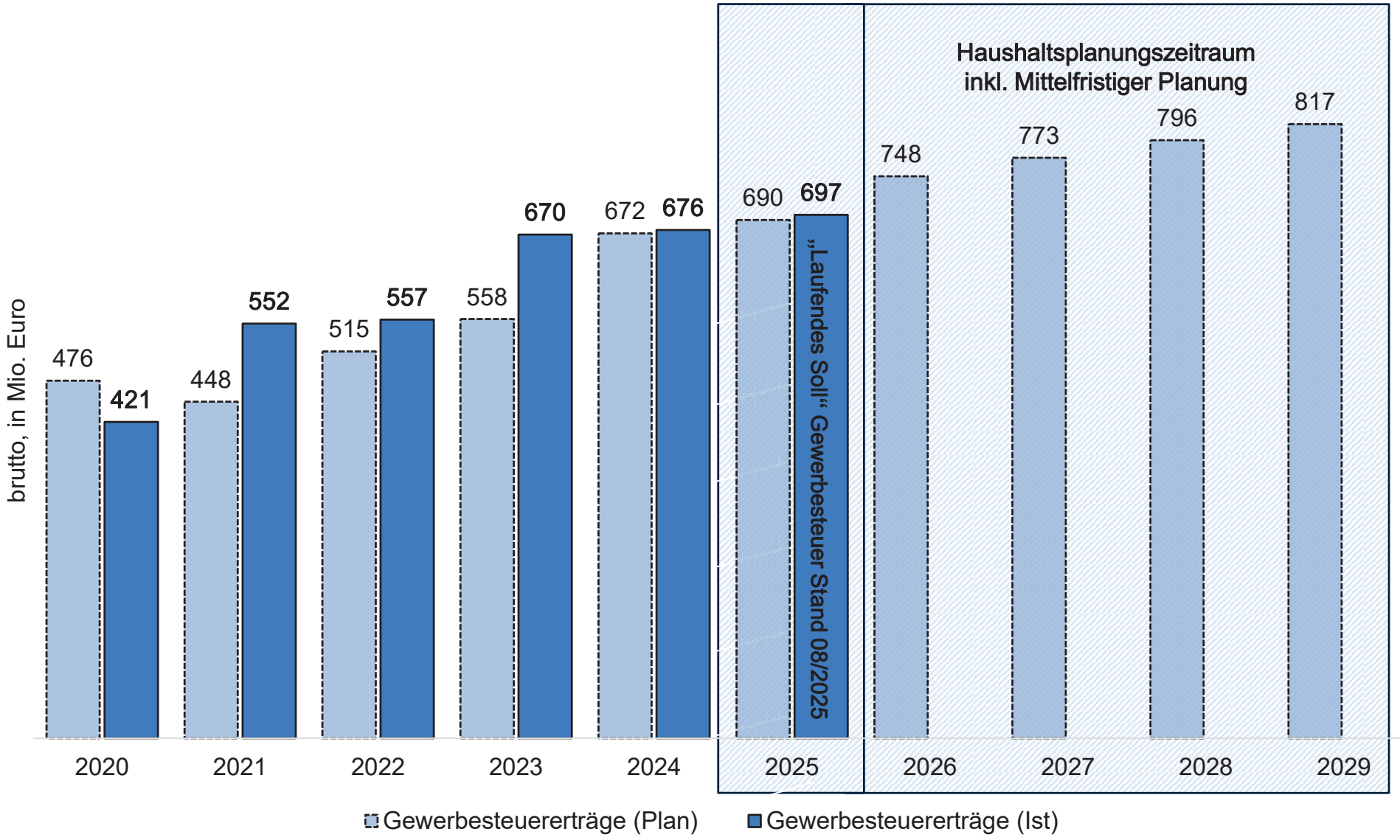


Gewerbesteuerverlauf 2024 und 2025



NÜRNBERG

Entwicklung der Gewerbesteuer



NÜRNBERG

Ordentliche Aufwendungen

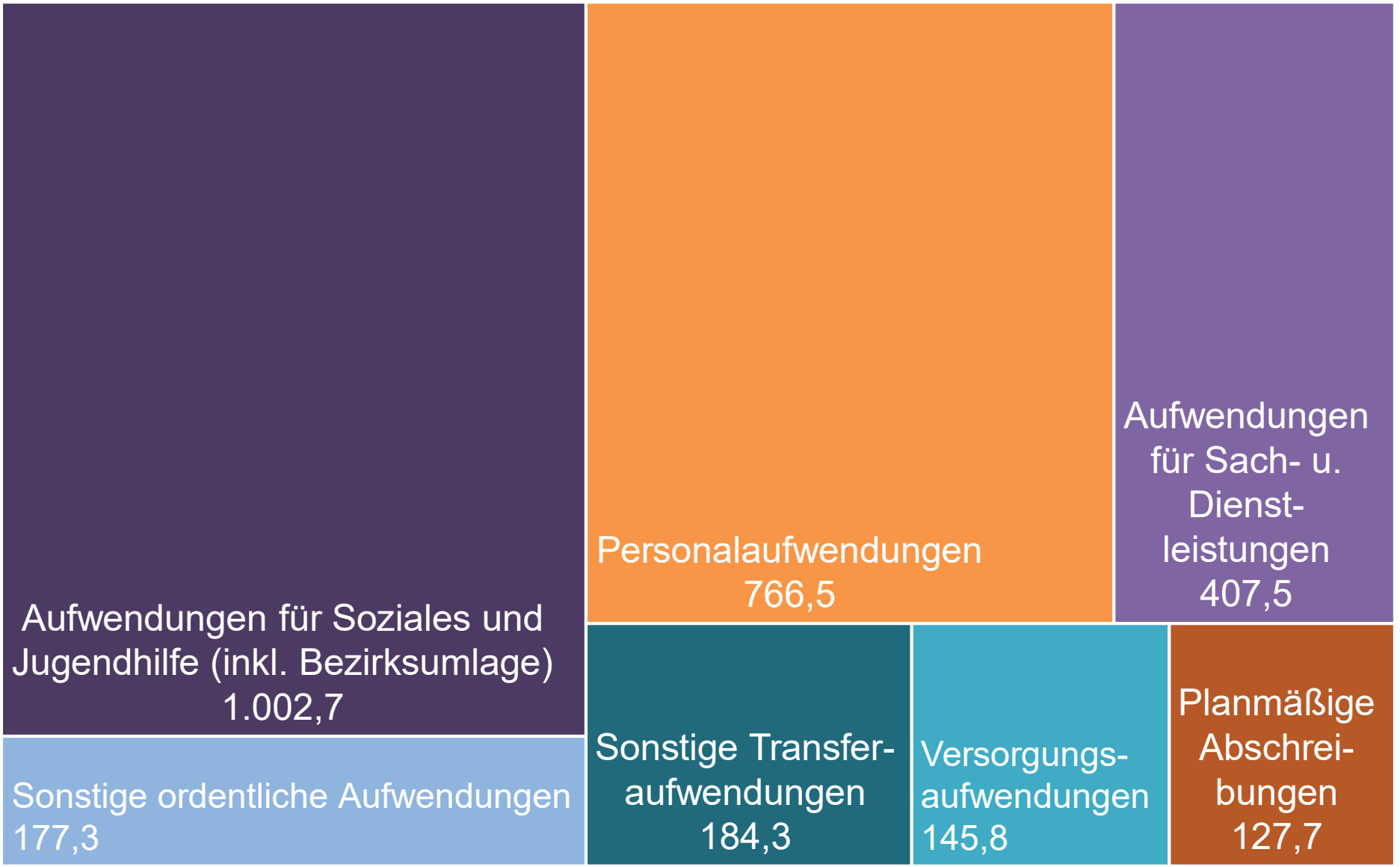
2,8 Mrd. Euro Haushaltsplanentwurf 2026	+ 194,9 Mio. Euro

Zunahme um 7,4 % zum Vorjahresplan.

NÜRNBERG

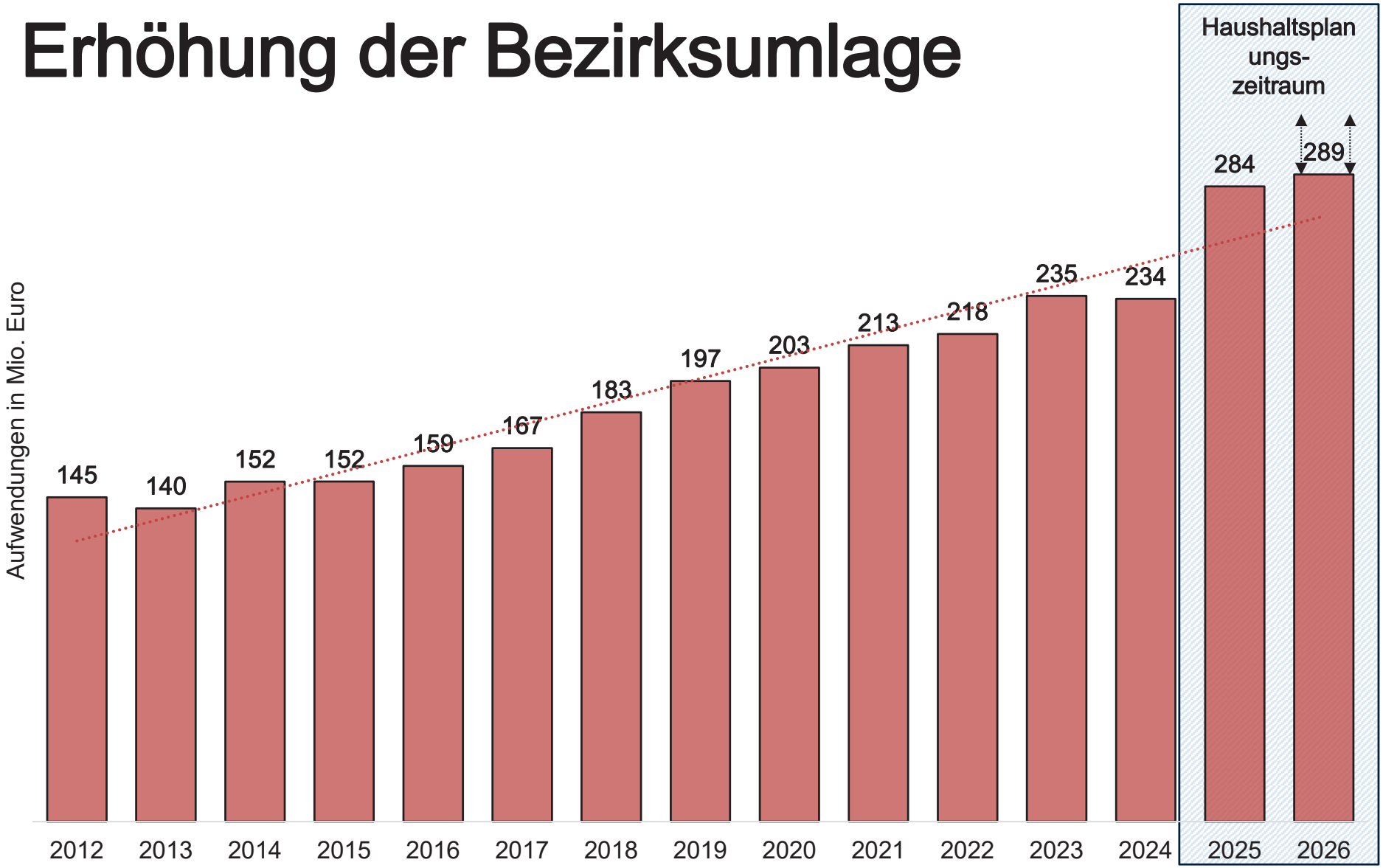
Ordentliche Aufwendungen 2026

in Mio. Euro



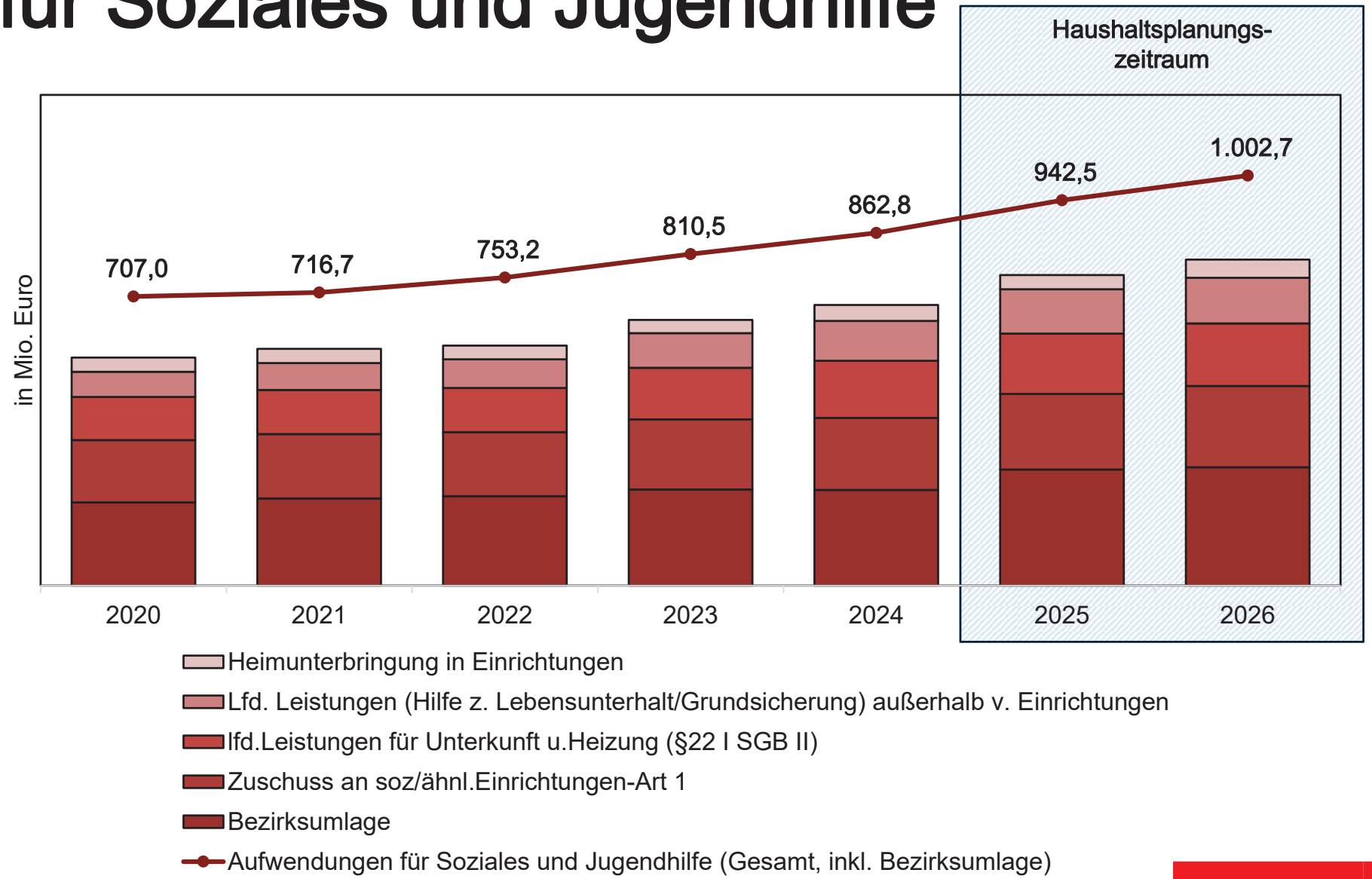
NÜRNBERG

Haushaltsbelastungen durch deutliche Erhöhung der Bezirksumlage



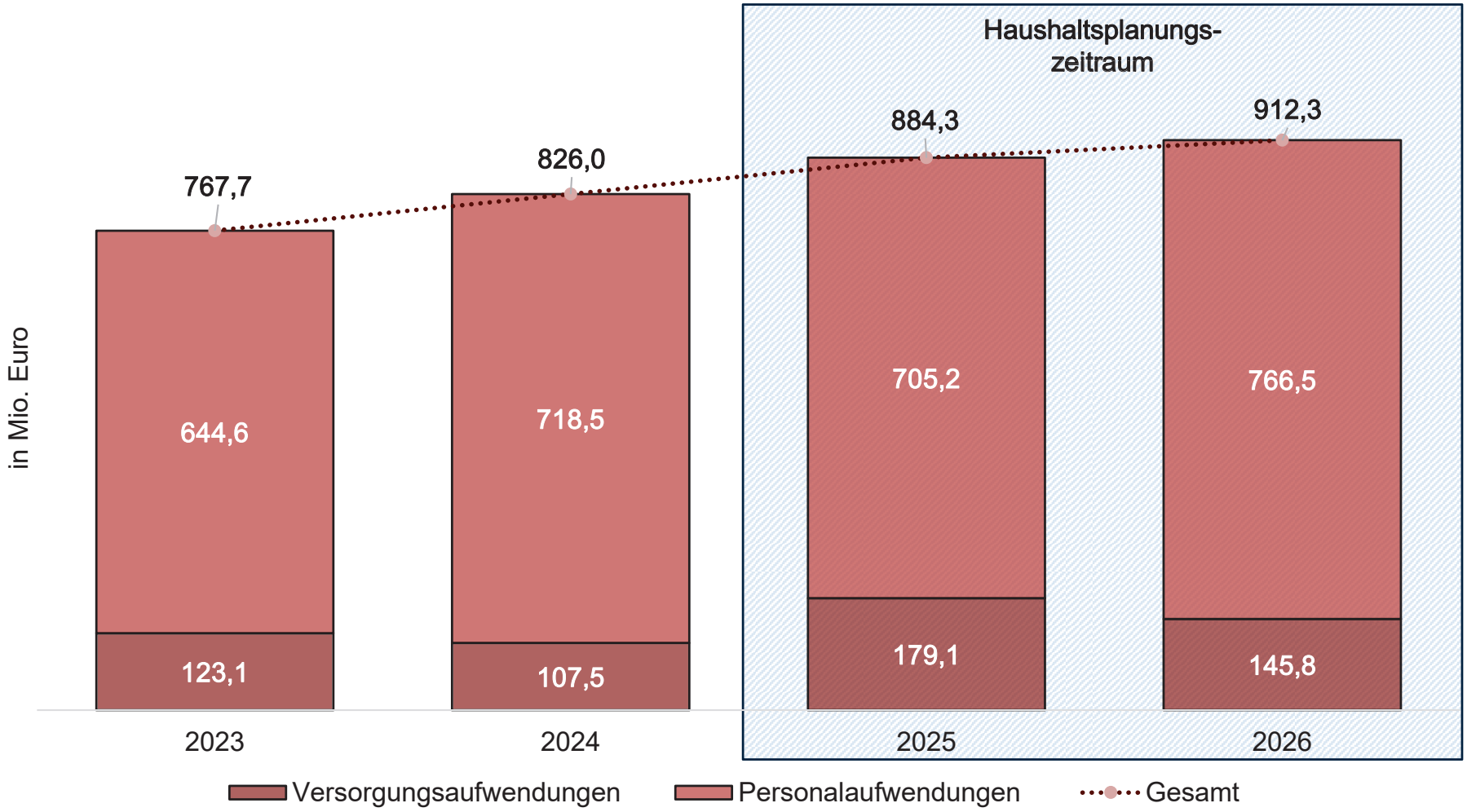
NÜRNBERG

Entwicklung der Aufwendungen für Soziales und Jugendhilfe

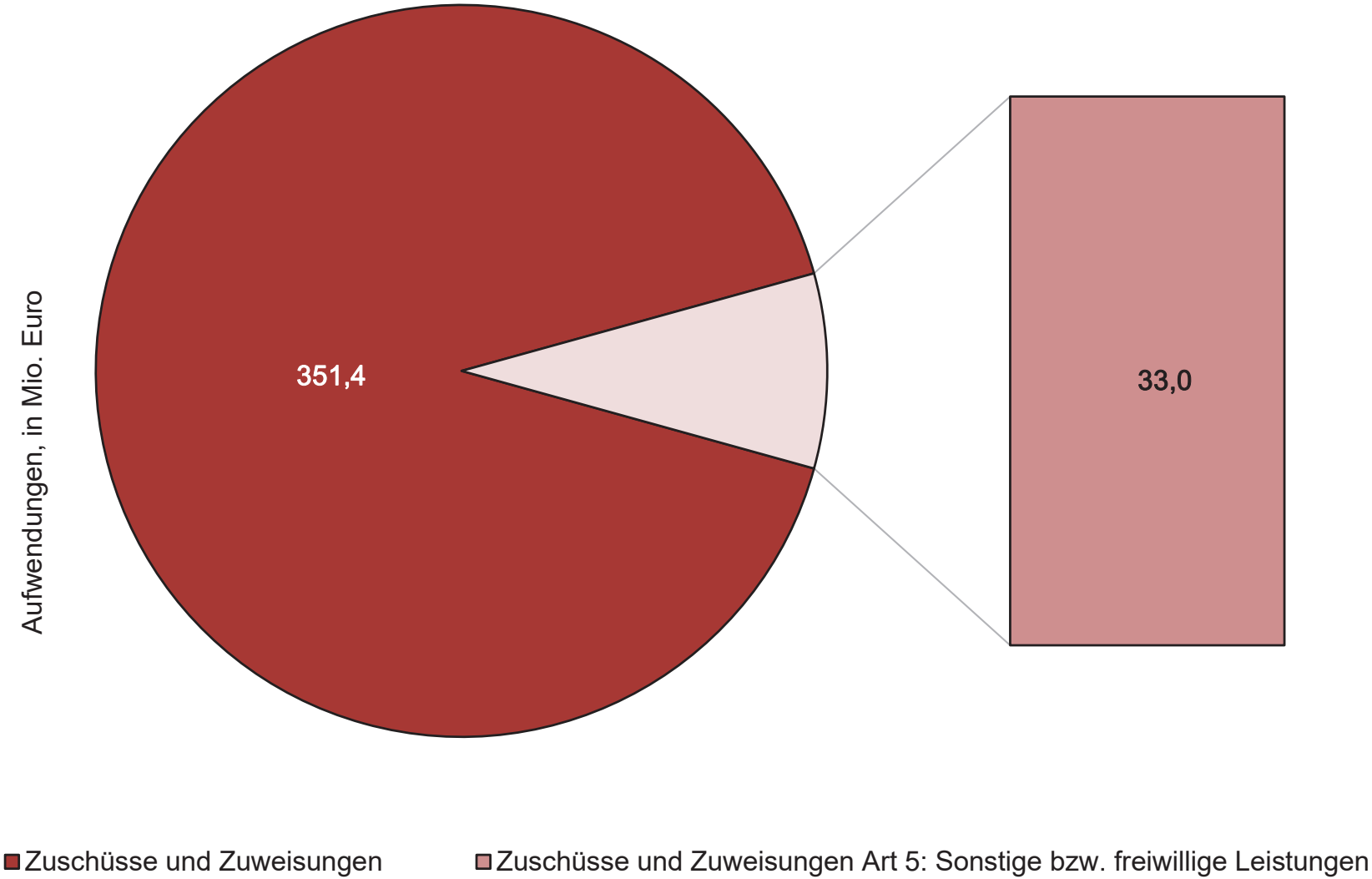


NÜRNBERG

Entwicklung der Personal- und Versorgungsaufwendungen

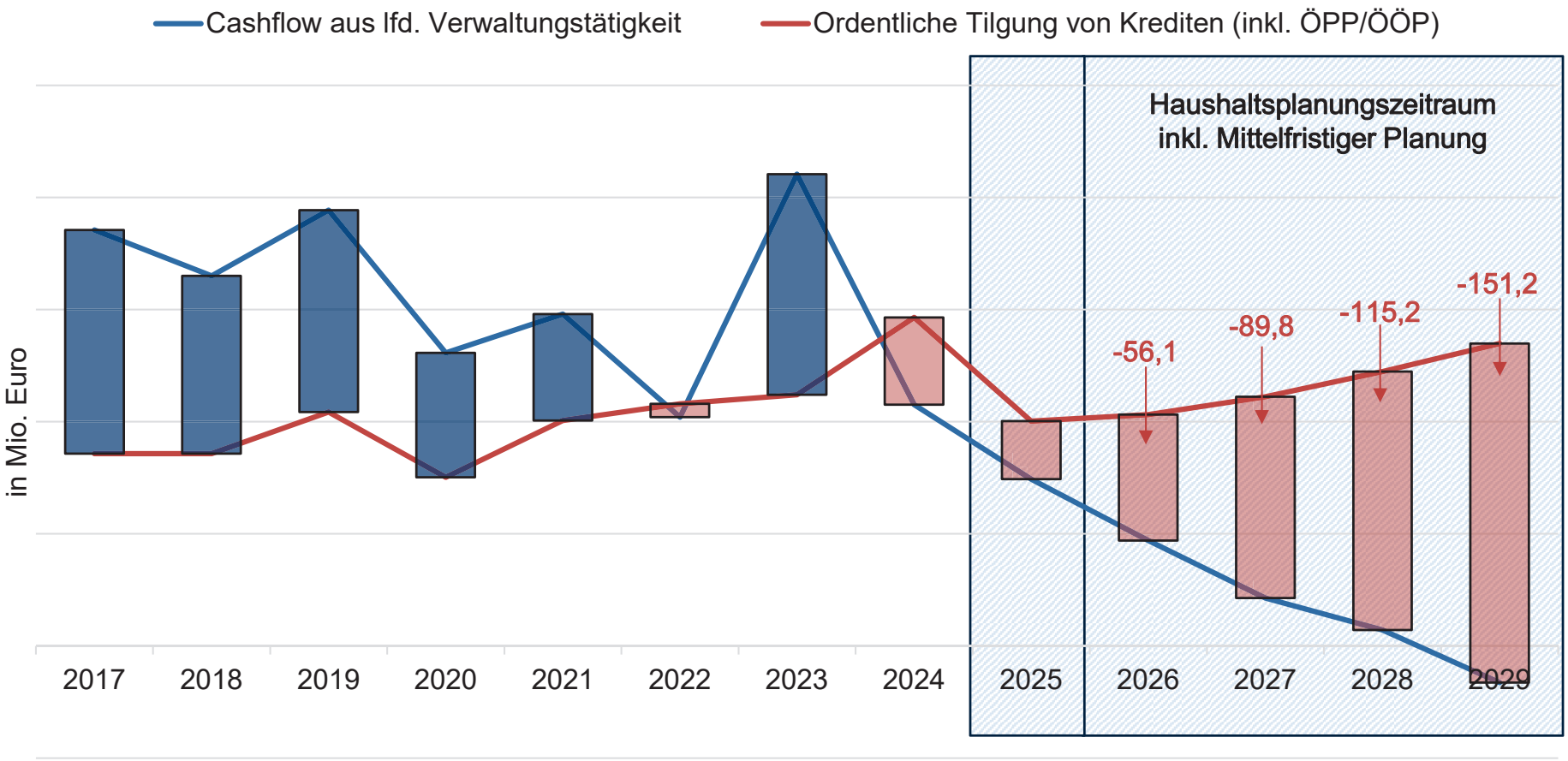


Zuschüsse und Zuweisungen 2026

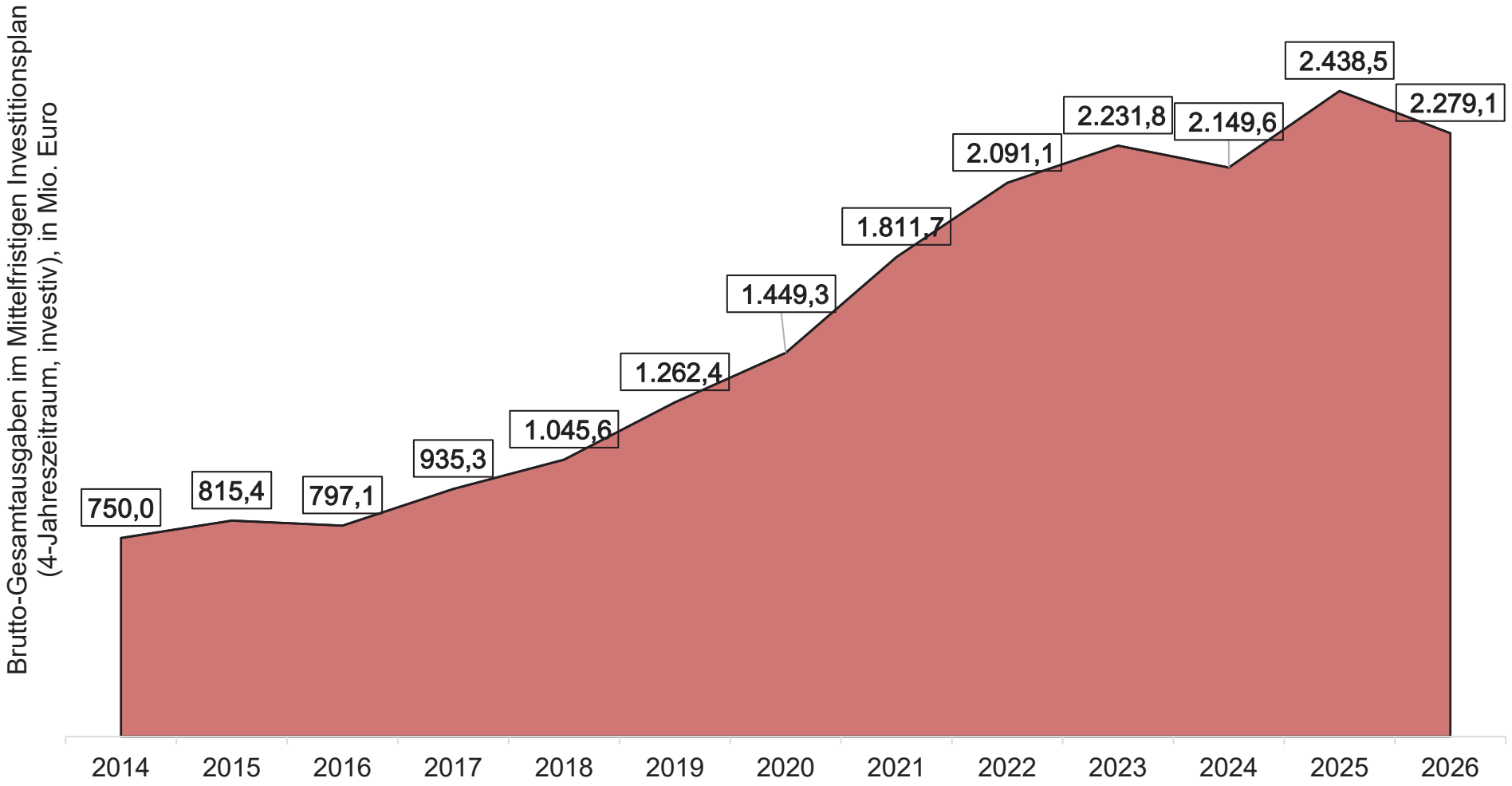


NÜRNBERG

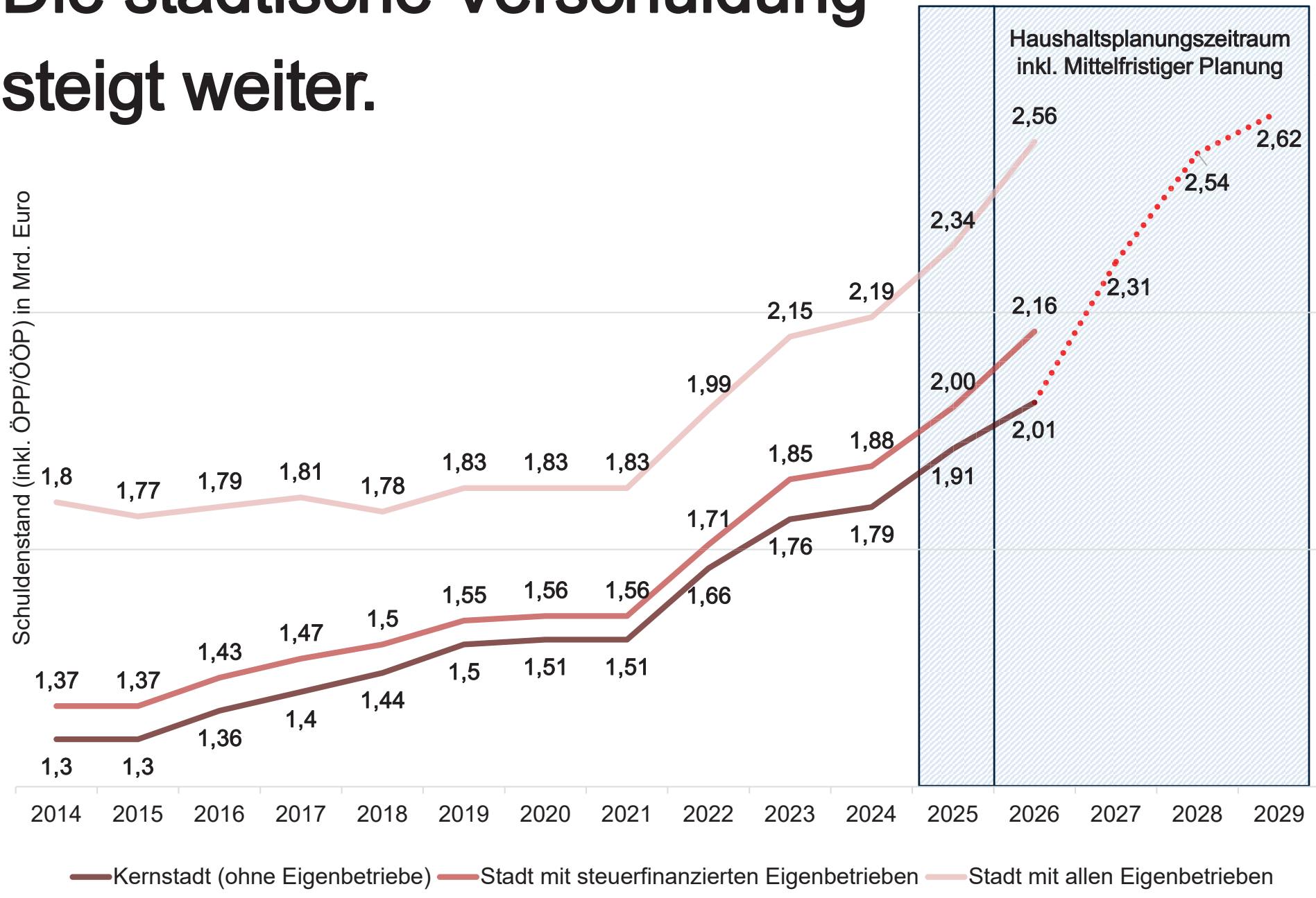
Problem I: Unsere dauerhafte Leistungsfähigkeit



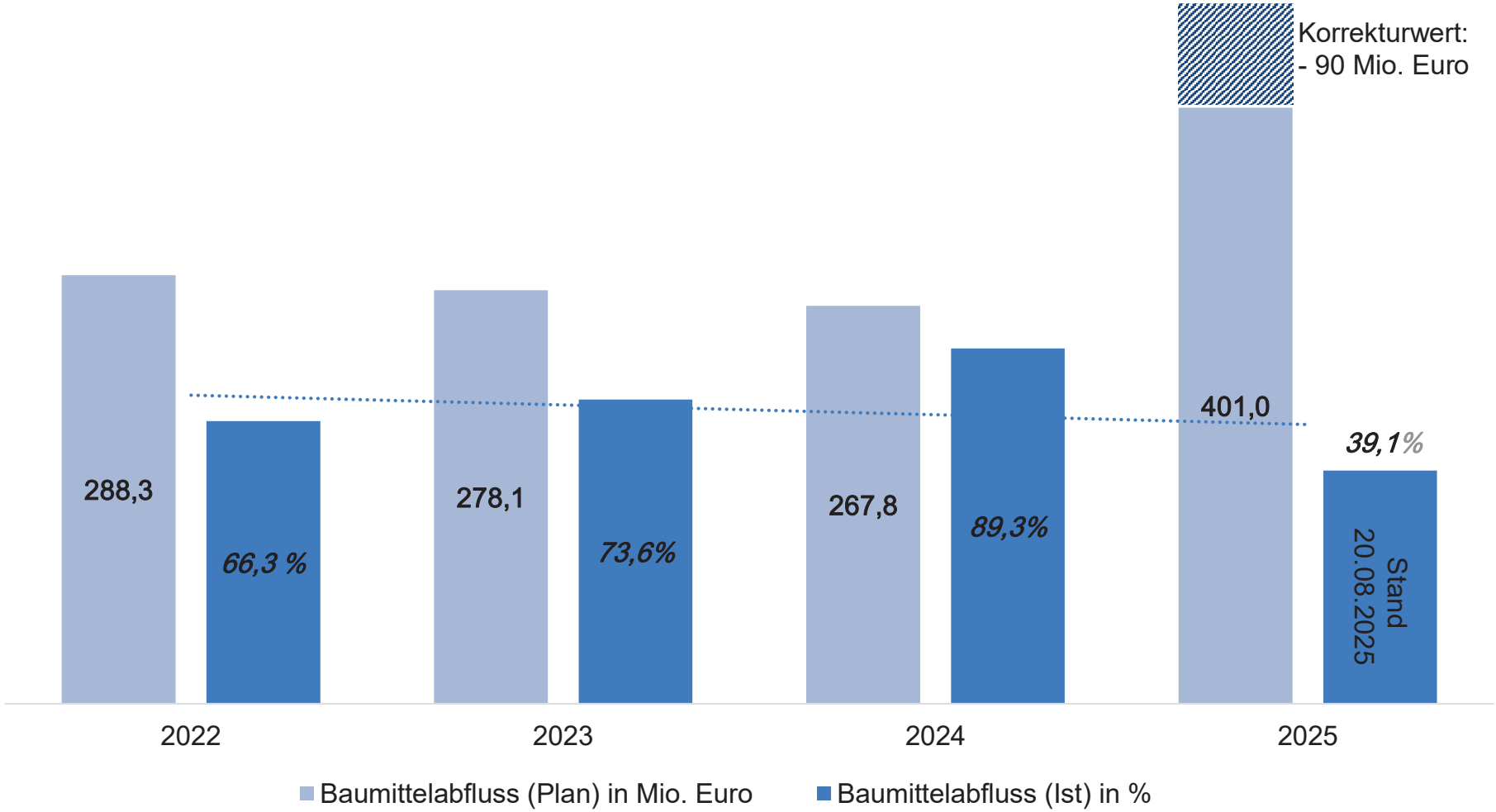
Problem II: Unser zu hohes Investitionsvolumen



Die städtische Verschuldung steigt weiter.

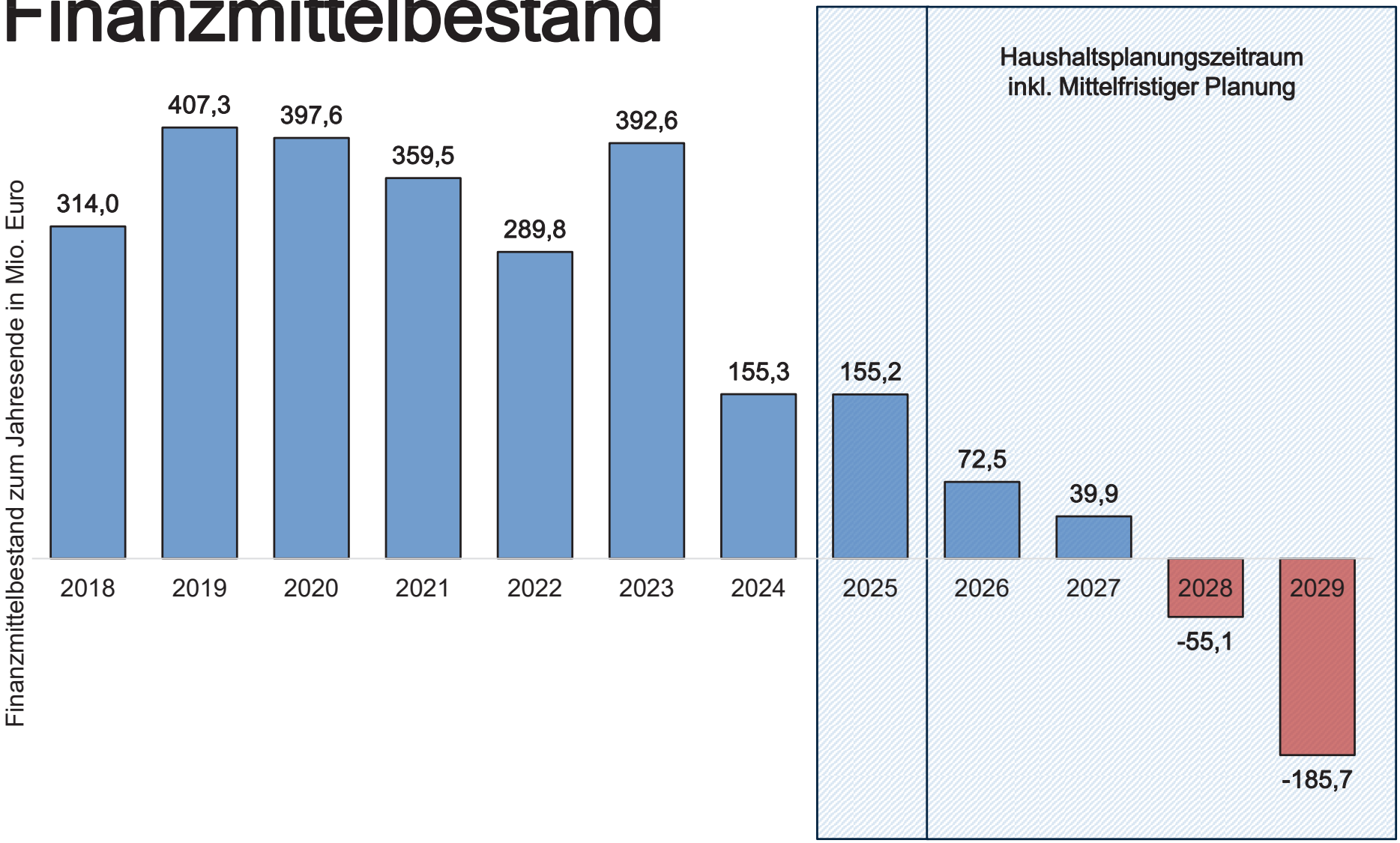


Viele Baumittel fließen deutlich verspätet ab.



NÜRNBERG

Problem III: Unsere Liquidität und der Finanzmittelbestand



NÜRNBERG

Problem IV: Finanzielle Situation des Klinikums

10 Mio. Euro
Investitionszuschuss pro Jahr

~ 9 Mio. Euro pro Jahr
KNSG-Ausgleich

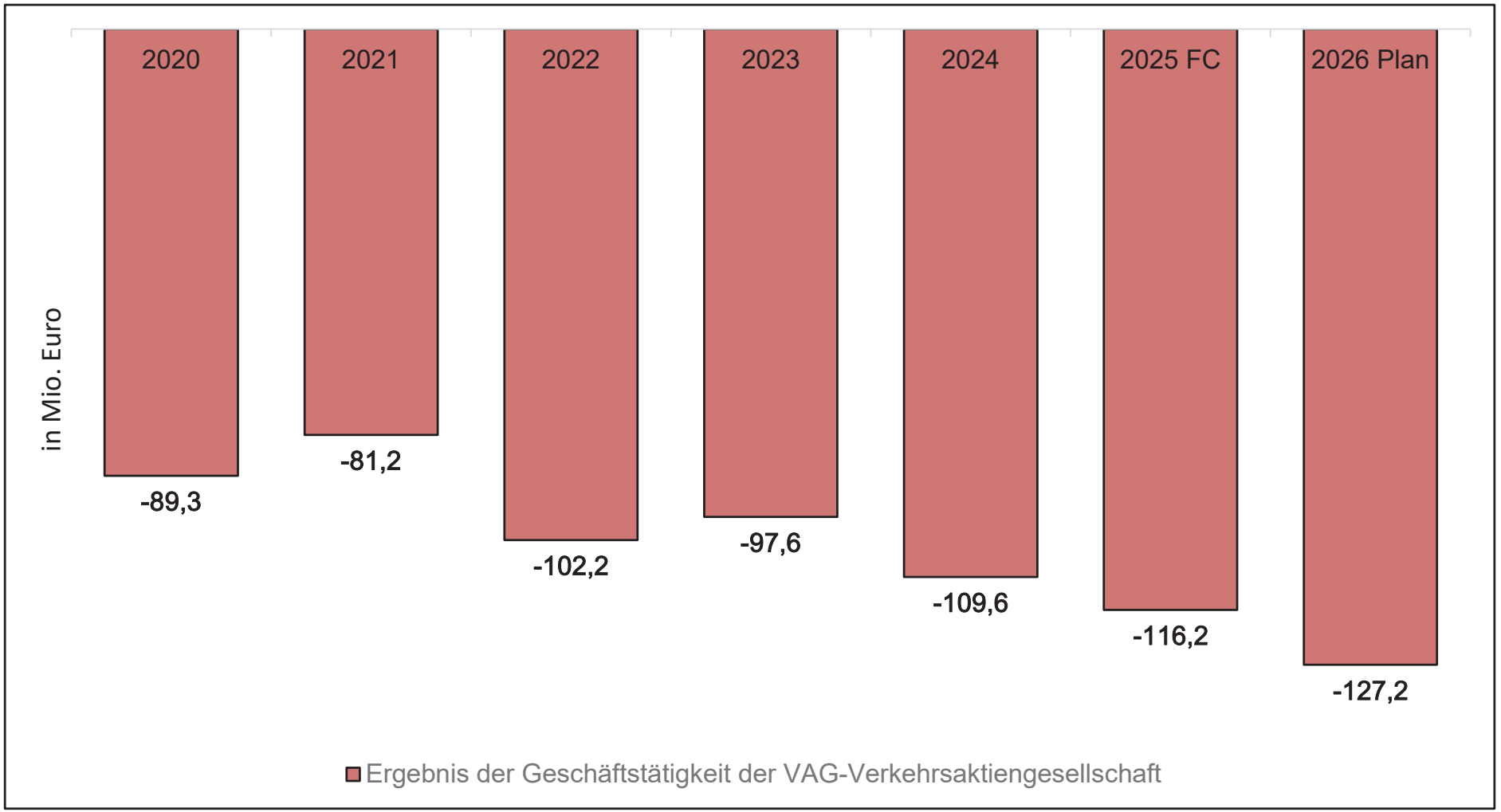
~ 3,8 Mio. Euro
Nachzahlungen für KNSG
wg. Tarifsteigerung 2024/2025 im lfd. Jahr

~ 7 Mio. Euro Verzicht auf Darlehensrückzahlung

KLINIKUM NÜRNBERG

NÜRNBERG

Problem IV: Die finanzielle Situation der Städtischen Werke, hier: VAG



NÜRNBERG

Eckpunkte Nachtragshaushalt 2025

- Das Steuerplus in 2025 soll zur (vorgezogenen) Stärkung der städtischen Töchter verwendet werden.
- Der Fokus liegt auf StWN, Klinikum, SUN und NüSt.
- Das verfügbare Finanzvolumen wird Anfang Oktober auf Basis neuer Quartalszahlen berechnet.

NÜRNBERG

Der mittelfristige Investitionsplan 2026-2029



Nur investiv	mit Zuschüssen in Mio. €	ohne Zuschüsse in Mio. €
Schulen (inkl. IT)	510,78	304,95
Kultur und Freizeit	293,21	62,66
Brücken	230,38	99,54
Straßenbau, Plätze	219,66	113,56
Sonstige	199,19	73,84
Kinderbetreuung	163,97	85,09
Feuerwehr (u.a. ILS)	163,83	91,72
ÖPNV	158,29	96,58
Beteiligungen	94,06	84,36
Grün- und Spielplätze	83,31	75,71
Sport	70,65	70,65
Radwege	37,22	34,91
Allgemeiner Hochbau	25,72	25,72
IT-Verwaltung	13,89	13,89
Verwaltungsgebäude	8,76	8,76
Wohnbau Bezuschussung	6,20	6,20
	2.279,11	**1.248,13**

NÜRNBERG

Beispiele für Projekte in der MIP-Warteschlange

Maßnahme
Umgestaltung Plärrer
B1 Sanierung Werkhallen und Werkstätten
Brücke und Straße Thumenberger Weg
Sanierungen Leerstätter Straße 3
Fembohaus Teilsanierung Rückgebäude und Foyer
Tiefes Feld (Erschließung BP 4445a)
Ambergerstraße, Umbau zur Fahrradstraße
Landgrabenstraße
(…)

NÜRNBERG

Sondervermögen des Bundes

- 100 Milliarden für Länder und Kommunen, verteilt auf 12 Jahre
- 15,7 Milliarden für Bayern
- Angemessen wären mindestens 70% für die Kommunen
- Sofern Verteilung nach Bevölkerungszahl: ~ 37,6 Mio. Euro pro Jahr

NÜRNBERG

Mittelfristige Planung

in Mio. Euro	2026	2027	2028	2029
Jahresfehlbetrag	- 109,2	- 85,4	-104,0	- 130,3
Saldo lfd. Verwaltungs-tätigkeit*	47,0	21,4	7,2	- 16,3
Tilgung von Krediten und kreditähnlicher Rechtsgeschäfte	103,1	111,2	122,4	134,9
Dauerhafte Leistungs-fähigkeit**	- 56,1	- 89,8	- 115,2	- 151,2
Netto-neuverschuldung	96,9	296,9	228,6	88,1

*Finanzhaushalt **Differenz Cashflow aus laufender Verwaltungstätigkeit und Tilgung von Krediten und kreditähnlicher Rechtsgeschäfte

NÜRNBERG

Haushaltskonsolidierung

1. Fortschreibung der Budgetkürzung (1% des K1-Budgets von 4,16 Mio. Euro; bereits integriert).
2. Umsetzung der Personaleinsparungen aus der FlexiKonsolidierung.
3. Einbringung eines Nachtragshaushalts 2025 mit einmaligen Entlastungswirkungen für 2026ff.
4. Erarbeitung eines weiteren Einsparprogramms.

NÜRNBERG

Wichtige Meilensteine für den Haushalt

Stellenangelegenheiten im Personal- und Organisationsausschuss — 21. Oktober

Haushaltskonsolidierung im Ältestenrat und Finanzausschuss — 22. Oktober

Vorschlag Hebesatz Bezirksumlage 2026 — 22. Oktober

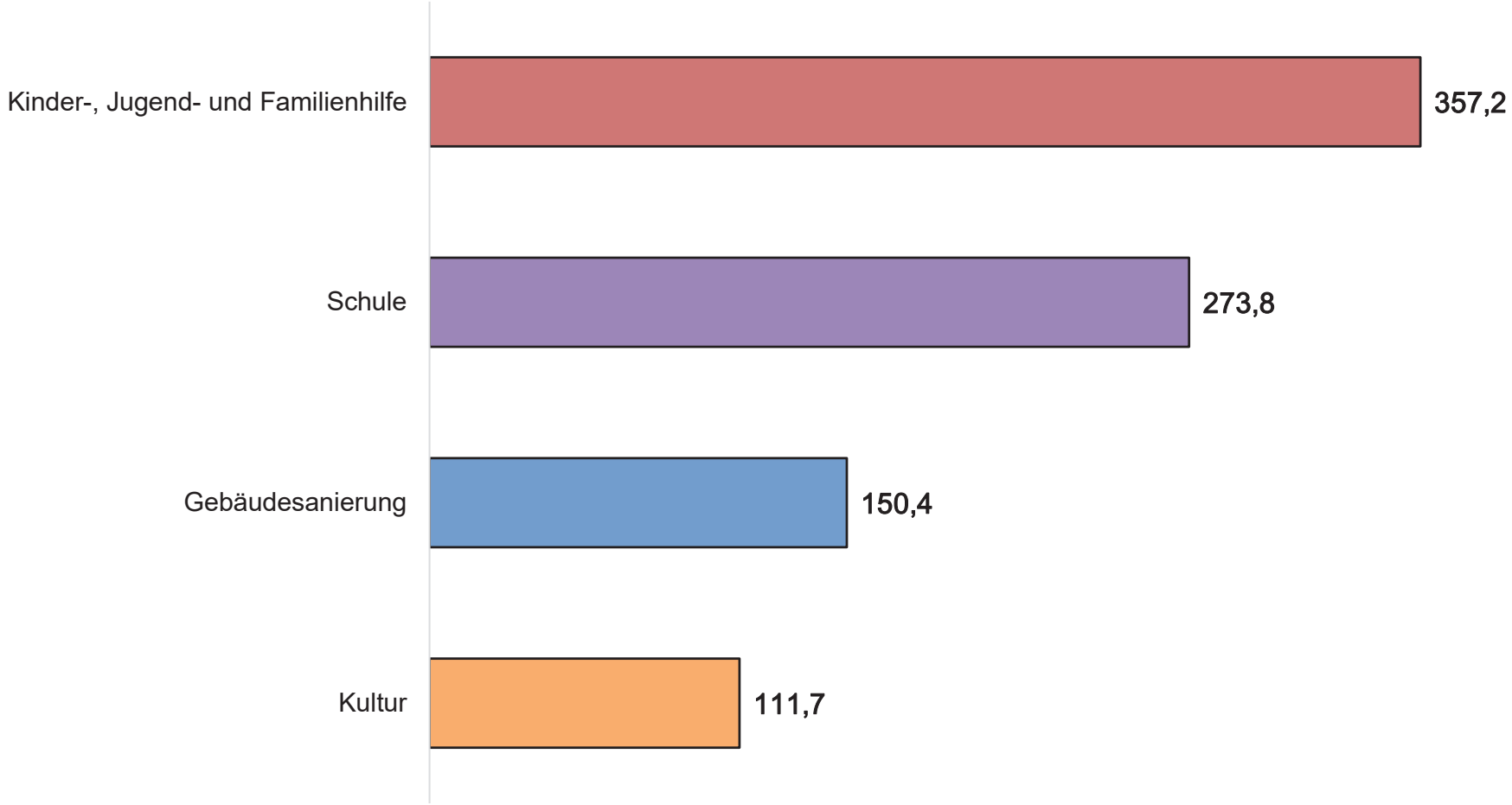
Neue Steuerschätzung des Bundes — 23. Oktober

Spitzengespräch zum bayer. Finanzausgleich und Sondervermögen — 30. Oktober

Etatberatungen im Stadtrat — 20. November

NÜRNBERG

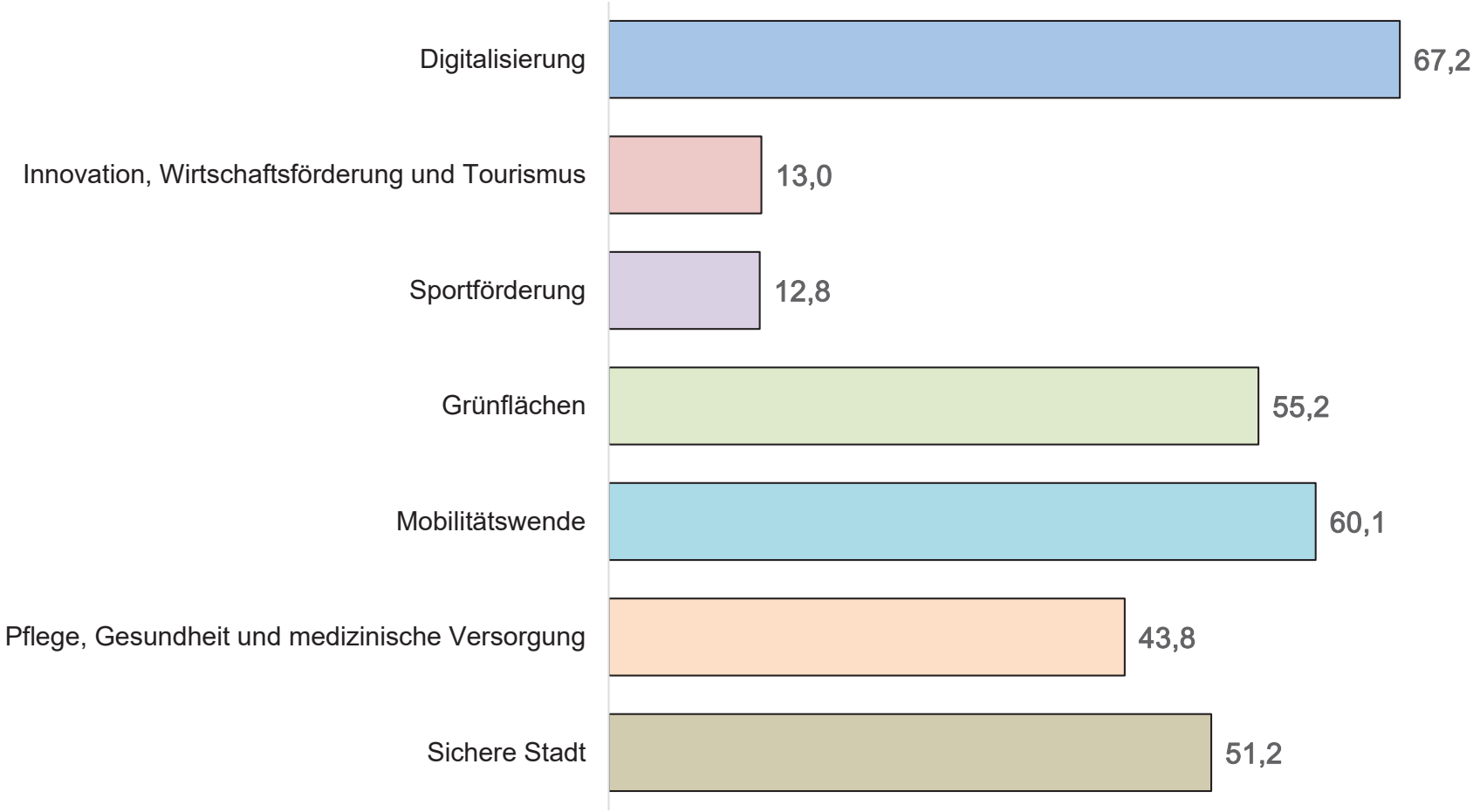
Unsere Zukunftsthemen im Haushalt 2026



Ausgewählte Werte lt. Finanzhaushalt in Mio. Euro

NÜRNBERG

Unsere Zukunftsthemen im Haushalt 2026



Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Referat für Finanzen,
Personal und IT

Theresienstr. 7
90403 Nürnberg

Thorsten Brehm

ref.i-ii@stadt.nuernberg.de
www.theresienstrasse7.de